



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 172 Okt./1 2025

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

US-Journalist im Donbass: Realität im Widerspruch zu westlichen Medienberichten

uncut-news.ch, September 19, 2025



Der amerikanische Journalist **Pearson Sharp** reiste mit einer Delegation in die Donbass-Region – und schildert Eindrücke, die nach seinen Worten den Darstellungen westlicher Medien fundamental widersprechen. Sharp sprach mit zahlreichen Einheimischen, unter anderem in Horlivka. Diese erklärten, sie fühlten sich befreit und wollten keinesfalls in die Ukraine zurückkehren. Unter Präsident Selensky und der ukrainischen Armee seien sie terrorisiert worden, heute fühlten sie sich erstmals sicherer. Auch im Gespräch mit dem amtierenden Donezk-Chef Denis Puschilin bekam Sharp den Eindruck, dass die westliche Berichterstattung die Realität im Donbass verdrehe. *«Der Rest der Welt muss das erfahren»*, betonte er gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti.

Neben Sharp war auch die ehemalige US-Kongressabgeordnete **Cynthia McKinney** Teil der Delegation. Sie forderte, Milliardär George Soros müsse für seine Rolle bei der Organisation von Protestbewegungen und beim Versuch, unliebsame Regierungen weltweit zu stürzen, zur Rechenschaft gezogen werden. Soros habe Migration als Waffe instrumentalisiert und manipulierte politische Prozesse in den USA, indem er eine falsche öffentliche Meinung erschaffe. McKinney bezeichnete ihn als *«Meister des Chaos»*, der gezielt den Sturz demokratisch gewählter Regierungen betreibe.

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
27.09.2025



Kritischer Digital-Denker: Cade Diehm an einer Konferenz in Neuseeland im Mai 2025
© National Digital Forum

E-IDs: Umkämpfte Studie warnt vor grossem Irrglauben Tech-Spezialist Cade Diehm schlägt mit einem grossen Bericht Alarm: Die Gesellschaft unterschätze Risiken digitaler Identitäten.

Pascal Sigg

Die Risiken sogenannter digitaler Identitäten, wie sie die Schweiz auf Regierungsebene mit der E-ID einführen will, sind viel ungewisser als angenommen. Dies ist die Hauptaussage einer aufwendigen internationalen Studie des «New Design Congress», einer Forschungs-NGO mit Sitz in Berlin. Pikant dabei: Die Publikation der Studie ist juristisch umkämpft. Gemäss Diehm geht derzeit eine in den USA ansässige Organisation gegen die Veröffentlichung vor und versuchte, diese in den letzten Wochen zu verhindern.

Der «New Design Congress» und Cade Diehm

Der «New Design Congress» bezeichnet sich als unabhängige Forschungsgruppe, die sich «den Graben zwischen dem was gesagt wird, dass in digitalisierten Gesellschaften passiere und dem, was tatsächlich passiert, anschaut.»

Federführend war der Australier Cade Diehm, ursprünglicher Gründer der Gruppe. Diehm ist international als kritischer IT-Sicherheitsspezialist angesehen. Bereits seit mehreren Jahren widmet er sich schwerpunktmässig digitalen Identitätssystemen und ihren gesellschaftlichen Auswirkungen. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Macht- und Verantwortungsverschiebung von Institutionen zu Individuen.

Ein «dringlichen» und «zornigen» Appell

Die Forschenden um Diehm arbeiteten über drei Jahre an der Analyse internationaler Fallbeispiele elektronischer Identitäten. Sie interviewten Dutzende relevante Expert:innen. Darunter waren gemäss Diehm hoch-

rangige Militärs, Führungskräfte in Gesundheitsorganisationen, offizielle Angehörige von Wahlbehörden oder Cybersecurity-Berater aus verschiedenen Ländern. Sie alle sprachen mit der Gruppe, weil diese ihnen absolute Anonymität versprach. Mit einem scharfen Blick konstatierten die Forschenden gemäss eigener Darstellung «Alarmierendes».

Insgesamt will der Bericht wachrütteln. Die Autor:innen nennen ihren Text einen «dringlichen» und «zornigen» Appell und fordern ein grosses Umdenken. Denn grundsätzlich, so sagt Diehm Infosperber, «geht es bei der Digitalisierung darum, wie Menschen digital repräsentiert werden. Die Schwächen, welche dieses digitale Abbild hat, wird bei jedem Digitalisierungsschritt weiter verteilt. Deshalb macht derzeit jeder Digitalisierungsschritt die Gesellschaft spröder.» Als Beispiel nennt er die Verletzlichkeit und Scham, welche Opfer von Online-Betrug spüren, die einem unbekannten Anrufer den Zugang zum eigenen Bank-Login gegeben haben. «Stellen Sie sich vor, dass Sie diese Verletzlichkeit ständig spüren.»

Zu naive Auseinandersetzung mit digitalen Identitäten

Die Naivität und Blindheit im Zusammenhang mit den Risiken digitaler Identitäten sei derzeit in allen digitalen Gesellschaften eingebaut. Diehm schreibt: «Unsere digitalisierte Gesellschaft wurde in einer kindhaften Ende-der-Geschichte-Wette entworfen und gebaut. In einem unhinterfragten Glauben in eine ideologische Fiktion, die nach dem Kalten Krieg popularisiert wurde. Und basierend auf einer Annahme, dass die liberale kapitalistische Demokratie als endgültige menschliche Regierungsform triumphiert hat.»

«Das System der digitalen Gesellschaft», so Diehm weiter direkt an seine Leserschaft gerichtet, «ist auf «Hopium» gebaut, einem zukunftsgläubigen Wunsch nach Stabilität, Integration und Fortschritt. Digitale Identitätssysteme wurden innerhalb dieser Einbildung geplant, als ob Geopolitik, Kollaps, oder technologischer Missbrauch der Vergangenheit angehören würden. Dies ist ein kolossaler Irrglaube. Der Architektur digitaler Identitäten ist keine Ideologie egal. Es kümmert sie nicht, auf welcher Seite du zu stehen glaubst. Ich kann das nicht genug betonen: Du bist verletzlich und sie wird gegen dich verwendet werden.»

Konkret meint Diehm damit: Gegenwärtig verwendete Modelle digitaler Identitäten sind extrem risikobehaftet. Insbesondere die Folgen von Über-Identifikation, Missbrauch digitaler Identitäten, oder nachgelagerte Effekte verschiedener ID-Systeme seien ungenügend aufgearbeitet. Diese schwache Auseinandersetzung mit digitalen Identitäten werde durch extrem hohe Investments in digitale Technologien weiter befeuert.

Alle Bedrohungsszenarien sind eingetroffen und «in Betrieb»

Von den zwölf Bedrohungsszenarien, welche das Team für die Studie untersuchte, seien alle eingetroffen und derzeit «in Betrieb». Beispiele gebe es mehr als genug: Etwa, dass die häufig erwähnte estnische E-ID riesige Betrugsfälle begünstigte. Dass die israelische Armee Drohnenangriffe basierend auf Metadaten von SIM-Karten und «digitaler Fussabdrücke» ausführt. Oder dass die US-Immigrationsbehörde ICE mit Hilfe der Firma Palantir Daten zusammenführt und analysiert, um Menschen zu deportieren.

Wichtig dabei: Die Studie liefert einen kritischen Blick auf digitale Identitäten allgemein. Vom Facebook-Profil über den Händler-Account bei Ricardo bis zum Behörden-Login für die Steuererklärung. Die Forschenden beschreiben zahlreiche Risiken und Probleme gegenwärtiger ID-Lösungen auf privater oder öffentlicher Basis.

Eine fundamentale Schwäche

Die grösste Schwäche digitaler Identitäten – egal ob E-ID oder User-Account im Online-Shop – ist auf philosophischer Ebene zu begreifen. Jede digitale Identität ist eine Abstraktion, welche einen echten Menschen mittels Datenpunkten in ein Objekt verwandelt. Dies macht sie grundsätzlich verletzlich und anfällig für Missbrauch.

«Digitale Identitätssysteme», schreiben die Autor:innen, «bleiben unabhängig davon, wie gut die Absichten dahinter sind, von einem Zwang bestimmt. Sie verlangen, dass sich ein Individuum nach vordefinierten, maschinenlesbaren Parametern ausweist. Diese verifizierbaren Parameter umfassen dabei den vollen Umfang der menschlichen Erfahrung oft nicht. Diese Struktur ist beabsichtigt – durch das Verlangen, die Welt in effiziente Systeme zu reorganisieren, ist digitale Identität ein Beiprodukt einer für Management organisierten Welt gekleidet in einen Mantel der Ermächtigung. Als solches zieht digitale Identität technologische Verifizierung beziehungsabhängigem Vertrauen vor und wird bemerkenswert einfach auszunutzen. Ein Betrüger muss keine Person in ihrer gesamten Komplexität imitieren. Er muss bloss das System überzeugen, dass er dessen eng definierte Kriterien für Authentifizierung erfüllt.»

Die Folge: Bei Betrugs- und Manipulationsmaschen werden meistens nicht technologische Lücken ausgenutzt, sondern menschliche Schwächen. Nachdem in Schweden eine Bank-ID eingeführt wurde, häuften sich plötzlich Betrugsfälle. Anrufende drängten Schwed:innen übers Telefon, sich einzuloggen und ihre ID-Daten mitzuteilen. Die Schadenssumme übersteigt mittlerweile 600 Millionen Franken.

Dabei wurde keine Verschlüsselungssoftware gehackt. «Social engineering», wie dieses Vorgehen im Fachjargon genannt wird, schädigt gemäss den Autor:innen vielmehr etwas abstraktes, menschliches: das Vertrauen. Und dies wiederum hat zur Folge, dass gesellschaftliche Bande insgesamt schwächer werden.

Zahlreiche Empfehlungen – auch an die Adresse der Schweiz

Trotz allem, heisst es prominent, sei der Bedarf an vertrauenswürdigen digitalen Identitäten grösser denn je. Möglichkeiten für bessere Lösungen seien vorhanden.

Dazu macht die Gruppe auch für Schweizer IT-Projekte relevante Empfehlungen. Etwa dass jedes digitale ID-System, welches für Behördendienstleistungen genutzt wird, nicht-biometrische Alternativen bieten muss, welche gleichwertige Funktionalität, Zugang und Schutz gewähren. Oder dass dort, wo eine elektronische Identität über Zugänge bestimmt, immer ein Mensch erreichbar sein muss, der befugt ist, allfällige Fehler zu korrigieren.

Die falsche Sicherheit biometrischer Daten

Zudem, besonders interessant mit Blick auf die Schweizer E-ID-Lösung, analysieren Diehm und Co. die Schwächen biometrischer Daten. So ermöglichen biometrische Logins beispielsweise Banken, die Verantwortung für sichere Transaktionen auf die Kunden abzuwälzen, weil eine biometrische Identifizierung etwa mit Gesichtsscan als vollkommen authentisch gilt. Doch Betrug mit biometrischen Daten wird immer häufiger. Letztes Jahr wurde bekannt, dass in Asien eine Trojaner-Software im Umlauf ist, welche biometrische Daten von Smartphones klauen und diese etwa für diebische Banken-Logins nutzen kann.

Es häufen sich auch Berichte gewaltsamer Raubüberfälle. Aus den USA berichteten Medien letztes Jahr von einem Mordfall, bei welchem dem Opfer der Daumen abgetrennt wurde, um auf seine Bank-App zugreifen zu können. In England wurde 2017 ein junger Mann ausgeraubt. Er wurde bewusstlos geschlagen, worauf die Räuber vermutlich mit seinem Fingerabdruck das Smartphone des Opfers entsperren, um Zugang zum Bankkonto zu erhalten. Diehm weist auch auf die Möglichkeiten von Anwendungen sogenannt künstlicher Intelligenz hin, biometrische Daten zu imitieren.

Härtere Strafen gefordert

Auch weil Identitätsmissbrauch hauptsächlich auf einer menschlichen Ebene geschieht, fordert die Gruppe viel härtere Strafen. Etwa indem Identitätsmissbrauch in Fällen von unternehmerischem Fehlverhalten, finanziellem Betrug, systemischer Diskriminierung oder zielgerichteter Verbrechen als erschwerender Umstand taxiert würde.

«Bei Hassverbrechen gilt ein härteres Strafmass, weil die Identität des Opfers Teil des Motivs ist. Wir sind der Ansicht, dass Identitätsmanipulation unabhängig von der Absicht zu täuschen, zu kontrollieren oder zu schaden mit derselben Schärfe behandelt werden sollte wie jedes Verbrechen, das am Stoff der Gesellschaft zerrt. Ein Mann, der eine Frau auf einer Datingplattform mit Täuschung in eine Beziehung lockt und dann Gewalt begeht, hat nicht bloss gelogen. Er hat ein digitales Vertrauenssystem ausgenutzt, die eigene Darstellung als Waffe benutzt und durch die Identitätsarchitektur Leid verursacht.»

“

Zitat des Tages

Jene, die das Leben nicht achten, verdienen es nicht.

- Leonardo da Vinci

”

Quelle: de.sott.net, 1. Oktober 2025

Krankenschwester bekommt Covid-Spritze, stirbt und landet in der Hölle: Es war schlimmer, als sie es sich hätte vorstellen können

uncut-news.ch, Oktober 1, 2025

Eine Krankenschwester berichtet, dass sie nach einer Covid-Spritze eine Nahtoderfahrung hatte. Bridgette Candace aus Kalifornien nahm eine Covid-Injektion, nach der sie starb und – wie sie sagt – in der Hölle landete.



Nach dem Stich litt sie unter Herzrhythmusstörungen und Panikattacken. Im Podcast «Touching the After-life» erzählte sie, dass ihr alle gesagt hätten, es liege nicht an der Impfung, sondern an Stress.

Zwei Wochen nach der Injektion bekam sie ein stechendes Gefühl im Hals. Dazu kam ständiger Husten und Kurzatmigkeit. Ihre Kollegen betonten, das sei nur Angst, doch sie war nicht überzeugt.

Schliesslich wurde sie ohnmächtig und konnte nicht mehr atmen. Obwohl Tests zeigten, dass ihr Blut genügend Sauerstoff enthielt, verschlechterte sich ihr Zustand weiter. Das Krankenhaus schickte sie dennoch nach Hause.

Die Ärzte meinten, das Problem sei «zwischen ihren Ohren». Erst als sie zu einem HNO-Arzt kam, wurde sie ernst genommen. Dieser sagte, es sei ein Wunder, dass sie überhaupt noch lebe – ihre Atemwege waren fast vollständig blockiert.

Bridgette fiel schliesslich in ein Koma und erlebte, wie sie in eine Art Hölle gelangte. In dem Podcast beschrieb sie, wie sie zusammen mit anderen Menschen in ein Reich der Dämonen «transportiert» wurde. Ein seltsames weisses Wesen, das sie an einen der alten ägyptischen Götter erinnerte, fesselte sie dort an ein Bett.

Währenddessen sah sie, wie andere Menschen gequält wurden, indem sie immer wieder mit ihren schlimmsten Ängsten konfrontiert wurden. Sie beobachtete eine Familie mit zwei Kindern: Die Eltern spielten gerade mit ihren Kindern, als plötzlich jemand hereinkam und die Kinder vor den Augen der Eltern hinrichtete. Die Eltern schrien verzweifelt – dann wurde auch einer von ihnen getötet, so Bridgette.

Ein Dämon riss die Familie immer wieder auseinander, während sie gezwungen war zuzusehen.

Während sie ans Bett gefesselt war, musste sie auch miterleben, wie ein Mann gezwungen wurde, sein eigenes Baby zu töten, das zu diesem Zeitpunkt gefoltert wurde. Bridgette schilderte, sie sei Zeugin dutzender weiterer Folterungen geworden.

Erst als sie begann, um die Hilfe Jesu zu schreien, erwachte sie wieder. Das war am neunten oder zehnten Tag, erinnert sie sich.

Quelle: <https://uncutnews.ch/krankenschwester-bekommt-covid-spritze-stirbt-und-landet-in-der-hoelle-es-war-schlimmer-als-sie-es-sich-haette-vorstellen-koennen/>



© Sputnik

Ursprünge der Sonderoperation: Geschichte des Ukraine-Konflikts

Von Sputnik International, September 26, 2025

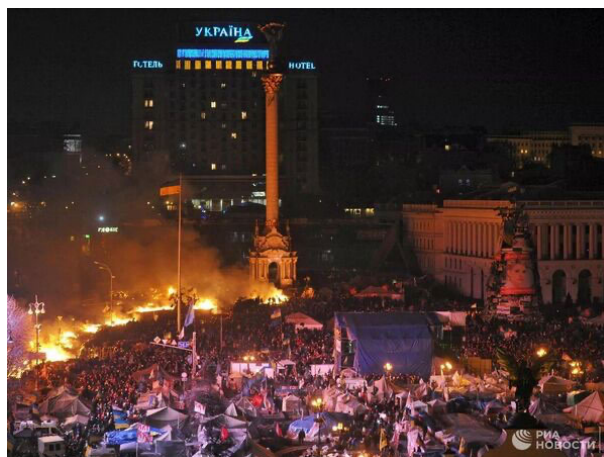
Die politische Krise in der Ukraine wurde durch die Ereignisse des Euromaidan ausgelöst. Im November 2013 weigerte sich der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch, ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen, da er befürchtete, dass dies die bestehenden Beziehungen zu Russland beeinträchtigen würde. Diese Entscheidung löste Massenproteste in Kiew aus.

Die dreimonatige Pattsituation zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten – von denen viele Nationalisten waren – führte zu Dutzenden von Todesfällen und einem Staatsstreich.

In der Nacht des 22. Februar besetzten Euromaidan-Aktivist*innen das Regierungsviertel und übernahmen die Kontrolle über das Parlament, die Präsidentschaftsverwaltung und Regierungsgebäude. Infolge des Staatsstreichs ging die Macht an die Opposition über. Der rechtmässige Präsident Viktor Janukowitsch wurde zur Flucht nach Russland gezwungen.

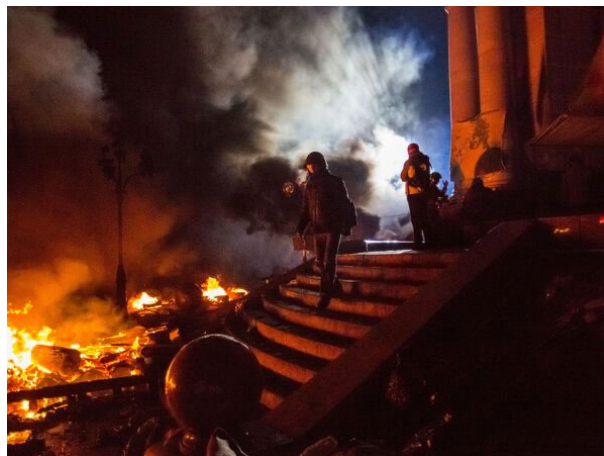


Die Bereitschaftspolizei «Berkut» und regierungskritische Demonstranten auf dem Maidan-Platz in Kiew, Ukraine
© Sputnik / Andrei Stenin



Im Winter 2014 kam es auf dem Unabhängigkeitsplatz, auf Ukrainisch Maidan Nezalezhnosti, in Kiew zu gewalttätigen Zusammenstössen zwischen Demonstranten, darunter Nationalisten, und ukrainischen Sicherheitskräften. Foto: Zelte von Befürwortern der europäischen Integration auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew, wo es zu Zusammenstössen zwischen der Opposition und der Polizei kam. 18. Februar 2014.

© Sputnik / Alexei Furman



Anhänger der Opposition auf dem Maidan-Platz in Kiew während der Zusammenstösse zwischen Demonstranten und der Polizei. (Datei)

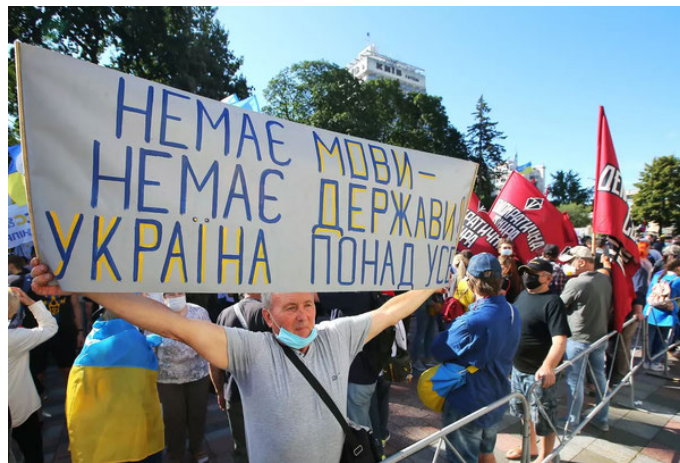
© Sputnik / Andrey Stenin



Polizeibeamte auf dem Maidan Nezalezhnosti-Platz in Kiew, wo es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei kam

© Sputnik / Andrey Stenin

Verfolgung der russischen Sprache



Gegner eines Gesetzentwurfs, der die Rechte des Russischunterrichts an öffentlichen Schulen ausweiten soll, bei einer Protestaktion. Auf dem Banner steht: «Keine Sprache – kein Staat. Die Ukraine steht über allen anderen.»

© Sputnik / Stringer

Im Jahr 2014 leiteten die Behörden in Kiew einen systematischen Angriff auf die russischsprachige Bevölkerung ein. Es wurden Gesetze verabschiedet, die den Gebrauch der russischen Sprache einschränkten:

- Das Gesetz von 2012 «Über die Grundlagen der staatlichen Sprachpolitik» wurde abgeschafft
- Die Zahl der russischsprachigen Schulen wurde reduziert. Ab dem 1. September 2020 wurden russischsprachige Schulen in der Ukraine auf die Staatssprache umgestellt
- Es wurden Änderungen am Gesetz «Über Fernsehen und Rundfunk» vorgenommen, wodurch der Anteil der Sendungen in ukrainischer Sprache im nationalen und regionalen Fernsehen und Rundfunk auf 75% pro Woche und in lokalen Sendern auf 60% erhöht wurde.
- Die Ausstrahlung russischer Fernsehsender wurde eingestellt, russische Filme wurden verboten und Künstler, die in der «Liste der Personen, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen» aufgeführt sind, wurden mit einem Verbot belegt.
- Das Gesetz «Über die Gewährleistung der Funktion der ukrainischen Sprache als Staatssprache» wurde verabschiedet.
- Die Gesetze «Über die indigenen Völker der Ukraine» und «Über die nationalen Minderheiten (Gemeinschaften) der Ukraine» wurden verabschiedet, wodurch der rechtliche Schutz für Russen effektiv aufgehoben wurde.

Verfolgung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat)

Die Verfolgung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOC) des Moskauer Patriarchats wurde alltäglich, einschliesslich der Beschlagnahmung von Kirchen und der Schikanierung von Geistlichen:

- Am 23. September 2024 trat das Gesetz «Zum Schutz der verfassungsmässigen Ordnung in der Tätigkeit religiöser Organisationen» in Kraft. Die ukrainischen Behörden verboten damit faktisch die UOC.



Die Kirche des Heiligen Johannes von Kronstadt (Ioann Kronshtadsky) wurde bei einem Bombenangriff in der Stadt Kirovskoye in der Region Donezk zerstört. © Sputnik

- Dem Gesetz «Über Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen» wurde eine Sonderklausel hinzugefügt, die religiöse Organisationen verbietet, die mit der Russisch-Orthodoxen Kirche in der Ukraine in Verbindung stehen.
- Beschlagnahmung der Kiewer Höhlenkloster- und der Pochaev-Lavra sowie Entfernung religiöser Reliquien, darunter die Überreste von Heiligen.
- Massenbeschlagnahmung von Kirchen. Kathedralen und andere Kirchen in Iwano-Frankiwsk und Lemberg wurden beschlagnahmt, sodass es in diesen Städten keine Kirchen der UOC mehr gab. Die Behörden nahmen auch die Kathedrale der Heiligen Dreifaltigkeit und die Verklärungskathedrale von den UOC-Gemeinden in Tschernigow in Besitz. Das Männerkloster der Geburt der Jungfrau Maria wurde in Tscherkassy beschlagnahmt.
- Gegen Geistliche und Bischöfe der UOC wurden rund 180 Strafverfahren eingeleitet. Zwanzig Bischöfe und Geistliche wurden ihrer ukrainischen Staatsbürgerschaft beraubt.
- Eine neue Form der Unterdrückung gegen Geistliche der UOC war ihre Zwangsrekrutierung in die ukrainischen Streitkräfte.

Unzufriedenheit der russischsprachigen Bevölkerung im Südosten

Nach dem Staatsstreich von 2014 kam es in den östlichen Regionen der Ukraine, in denen die russischsprachige Bevölkerung vorherrschte, darunter im Donbass und auf der Krim, zu gewalttätigen Protesten. Die Bewohner dieser Regionen forderten eine Klärung des Status der russischen Sprache und eine Verfassungsreform, einschliesslich der Föderalisierung der Ukraine.

Im Donbass wurde eine Volksmiliz gebildet.

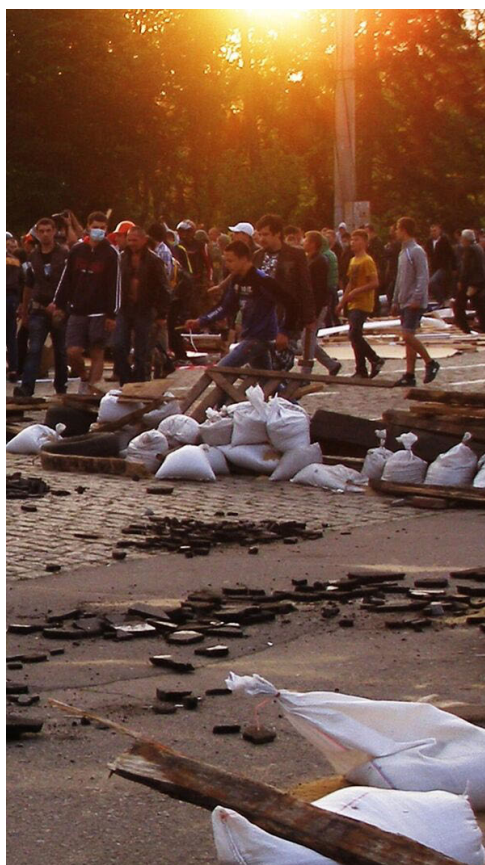
Odessa



Mitglieder der rechtsextremen ukrainischen Organisation «Rechter Sektor» fotografieren, während das Gewerkschaftsgebäude in Odessa brennt. © Sputnik / Aleksandr Polischyuk

Am 2. Mai 2014 verbrannten Dutzende Menschen lebendig im Gewerkschaftshaus von Odessa. Anhänger des Euromaidan griffen ein Lager von Aktivisten an, die gegen die Politik der ukrainischen Regierung waren. Die Menschen versuchten, ins Gewerkschaftshaus zu fliehen, wurden jedoch eingeschlossen und starben im Feuer.

Die Ereignisse in Odessa markierten das letzte Kapitel des Bürgerkriegs zwischen Anhängern der damaligen ukrainischen Regierung und Gegnern des Staatsstreichs.



Lager von Anti-Maidan-Aktivisten werden auf dem Kulikowo-Feld in Odessa zerstört.
© Sputnik / Aleksandr Polischyuk



Massenunruhen in Odessa am 2. Mai 2014.
© Sputnik / Alexander Gagarin

Krim



Einwohner von Simferopol beim Konzert «Krim-Frühling», das auf dem Lenin-Platz im Stadtzentrum stattfindet, während sie auf die Bekanntgabe der Ergebnisse des Referendums über den Status der Krim warten.

© Sputnik / Alexsey Nichukchin

In dem Bestreben, ihr Recht auf Selbstbestimmung und ihre Muttersprache zu schützen, stimmte die Bevölkerung der Krim in einem Referendum am 16. März 2014 mit überwältigender Mehrheit für die Wiedervereinigung mit Russland. Die Region wurde Teil Russlands.

Ausrufung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, Beschuss von Städten

Im Frühjahr 2014 wurden in den Regionen Donezk und Lugansk Volksrepubliken ausgerufen. Als Reaktion darauf beschuldigten die ukrainischen Behörden die Bevölkerung des «Separatismus» und begannen eine Militäroperation in der Region, die zu einem umfassenden Kampf eskalierte. Panzer und Luftwaffe wurden gegen die Volksmilizen eingesetzt.

Städte wie Donezk, Gorlowka, Lugansk und Debaltsewo wurden jahrelang vom ukrainischen Regime mit Artillerie beschossen. Wohngebiete, Krankenhäuser und Schulen wurden zerstört.



Ein Blick auf ein Krankenhaus, das nach einem kürzlichen Beschuss durch ukrainische Truppen im Zuge der russischen Militäroperation in der Ukraine in Tokmak, Region Saporischschja, zerstört wurde, das zu Russland gehört.

© Sputnik / Konstantin Mihalchewskiy



Ein Blick auf ein Geschäft, das nach einem Beschuss durch das ukrainische Militär in Belgorod, Russland, beschädigt wurde. Neun Erwachsene und ein Kind wurden bei einem ukrainischen Beschuss der russischen Stadt Belgorod getötet, weitere 45 Menschen wurden verletzt, teilte das russische Ministerium für Notfallsituationen am 30. Dezember mit © Sputnik / Sputnik



Kranzniederlegung nach dem Beschuss von Lisitschansk durch die Ukraine © Sputnik / Alexey Maishev

«Madonna von Gorlovka»

Am 27. Juli 2014 beschossen die ukrainischen Streitkräfte die Strassen von Gorlovka mit Grad-Raketenwerfern. Dabei kamen 22 Einwohner der Stadt ums Leben, darunter auch die «Madonna von Gorlovka», Kristina Zhuk, und ihre zehn Monate alte Tochter Kira. Kristina wurde getötet, als sie mit ihrer Tochter im Arm vor den ukrainischen Streitkräften floh. Ein Foto, das die verstorbene Kristina zeigt, wie sie in einem Stadtpark liegt und ihre Tochter umklammert, wurde zum Symbol für den grausamen Terror, den die Ukraine über die Bevölkerung des rebellierenden Donbass gebracht hat.



«Die Madonna von Gorlovka»: Die junge Kristina Zhuk und ihre 10 Monate alte Tochter starben am 27. Juli 2014, als die ukrainischen Streitkräfte die Strassen von Gorlovka mit Grad-Granatwerfern beschossen
© Foto: Belaya Kniga Novorossii

Im Gedenken an die unschuldigen Opfer wurde in Donezk die Allee der Engel eröffnet, eine Gedenkstätte für die getöteten Kinder.

Tragödie in Zugres

Am 13. August 2014 beschossen die ukrainischen Streitkräfte einen Kinderstrand in Zugres. Dreizehn Menschen wurden auf der Stelle getötet, mehr als 40 wurden verletzt. Augenzeugen berichteten, dass es ein heisser Tag war und der Strand in der Nähe des Flusses Krynka voller Urlauber war, darunter viele kleine Kinder. Die Ermittlungen ergaben, dass bei dem Angriff auf den Strand in Zugres ein Smerch-Mehrfachraketenwerfer zum Einsatz kam.

Minsker Vereinbarungen

Die Minsker Vereinbarungen waren ein Versuch, den bewaffneten Konflikt zu beenden und die Tötung von Zivilisten zu verhindern. Die 2014 und 2015 unter Vermittlung Russlands, Deutschlands und Frankreichs unterzeichneten Abkommen enthielten wichtige Massnahmen zur Lösung der Situation: Die Verabschiedung eines Amnestiegesetzes für alle Beteiligten des Bürgerkriegs, die Anerkennung der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk als Sondergebiete in der Verfassung der Ukraine und die Abhaltung von Kommunalwahlen in diesen Regionen, unter anderem.

Keine dieser Bestimmungen wurde jedoch umgesetzt. Die Ukraine versties systematisch gegen die Vereinbarungen. Es wurde weder ein Waffenstillstand noch ein Rückzug der ukrainischen Streitkräfte beobachtet; OSZE-Beobachter berichteten regelmässig über ukrainische Artillerieangriffe auf Donezk und Luhansk, unter anderem mit schweren Waffen. Darüber hinaus behinderte Kiew konsequent die Überwachung durch die OSZE, indem es Beobachtern den Zugang zu bestimmten Regionen verwehrte.

Wie später von europäischen Staats- und Regierungschefs eingeräumt wurde, wurden die Vereinbarungen nicht zur Umsetzung unterzeichnet, sondern um Zeit zu gewinnen und die militärische Macht der Ukraine auszubauen. Präsident Petro Poroschenko erklärte offen, dass das Ziel Kiews nicht Frieden sei, sondern die Erschöpfung des Feindes. Seine berüchtigte Bemerkung, dass «ihre Kinder in Kellern sitzen werden», zeigte deutlich die Gleichgültigkeit der Elite Kiews gegenüber dem Leiden der Bevölkerung im Donbass.



Von links: Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko, der russische Präsident Wladimir Putin, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, der französische Präsident François Hollande und der ukrainische Präsident Petro Poroschenko posieren für ein Gruppenfoto im Unabhängigkeitspalast in Minsk nach den Friedensgesprächen zur Ukraine unter Beteiligung russischer, deutscher, französischer und ukrainischer Staats- und Regierungschefs am 11.

Februar 2015 © Sputnik / Алексей Дружинин

Neue Phase des Konflikts

Wolodymyr Selensky, der 2019 an die Macht kam, setzte die repressive Politik der Kiewer Behörden gegenüber der Bevölkerung im Südosten der Ukraine fort. Am 17. Februar 2022 meldeten die Volksrepubliken Donezk und Lugansk den intensivsten Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte seit Monaten.

Beginn der militärischen Sonderoperation

Am 21. Februar 2022 erkannte Russland die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk an, und am 24. Februar kündigte Präsident Wladimir Putin als Reaktion auf ein Hilfersuchen aus dem Donbass den Beginn einer militärischen Sonderoperation in der Ukraine an.

Ziele und Aufgaben der militärischen Sonderoperation



Putin spricht zur Nation über die Anerkennung der Republiken Donezk und Lugansk
© Sputnik / Alexey Nikolskiy

Der russische Präsident erklärte, dass die Entscheidung getroffen wurde, um Menschen zu schützen, die vom Kiewer Regime einem Völkermord ausgesetzt sind. Am 24. Februar 2022 sagte Wladimir Putin: «Die Umstände erfordern entschlossenes und sofortiges Handeln. Die Volksrepubliken von Donbass haben Russland um Hilfe gebeten. Daher habe ich gemäss Artikel 51 Absatz 7 der Charta der Vereinten Nationen, mit Zustimmung des Föderationsrates und in Übereinstimmung mit den von der Föderalversammlung ratifizierten Verträgen über Freundschaft und gegenseitige Hilfe mit der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk beschlossen, eine spezielle Militäroperation durchzuführen.»

Hauptziele der SMO:

- Sicherung der Rechte der russischsprachigen Bevölkerung.
- Legitimierung des Willens des Volkes.
- Entmilitarisierung (Neutralisierung der militärischen Bedrohung und Verhinderung des NATO-Beitritts der Ukraine).
- Entnazifizierung (Stopp der Verbreitung der neonazistischen Ideologie).

Eingliederung neuer Gebiete in die Russische Föderation

Im September 2022 fanden in der Volksrepublik Donezk und Lugansk sowie in den Regionen Saporischja und Cherson Referenden über den Beitritt zu Russland statt. Die überwiegende Mehrheit der Einwohner stimmte für diesen Schritt. Am 30. September wurden Verträge unterzeichnet, mit denen die vier Regionen offiziell in Russland eingegliedert wurden.



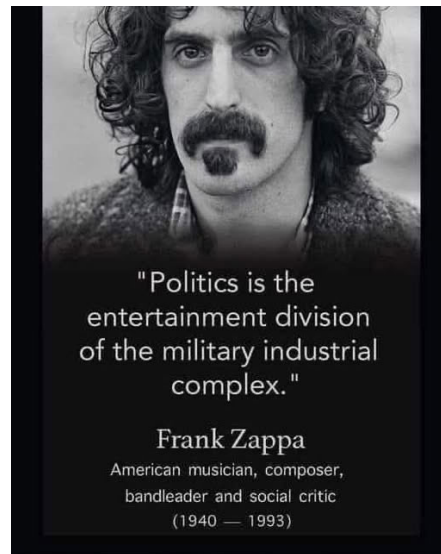
Putin erkennt die Unabhängigkeit der Republiken Donezk und Luhansk von der Ukraine an.
© Sputnik / Alexey Nikolsky

Quelle: Origins of Special Military Operation: History of Ukraine Conflict

Quelle: <https://uncutnews.ch/urspruenge-der-sonderoperation-geschichte-des-ukraine-konflikts/>

«Politik ist die Unterhaltungsabteilung des militärisch-industriellen Komplexes.»

Frank Zappa, amerikanischer Musiker, Komponist,
Bandleader und Gesellschaftskritiker



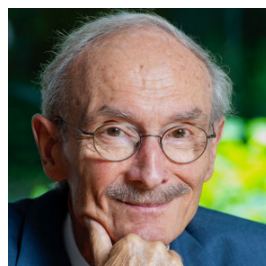
Gefunden bei Facebook



Nach einem israelischen Bombenangriff wurden diese Kinder im Oktober 2023
in das Al-Shifa Medical Hospital in Gaza-Stadt gebracht. © thenews2/Depositphotos

Die Anerkennung Palästinas ist eine kaum überbietbare Heuchelei

Starmer & Co. anerkennen einen palästinensischen Staat. Das ist für die Galerie. Denn sie liessen und lassen Netanyahu freien Lauf.



Kommentar von Urs P. Gasche
© Peter Mosimann

Grossbritannien, Frankreich, Belgien, Portugal, Kanada und Australien haben Palästina soeben als Staat anerkannt oder angekündigt, dies im Rahmen der bevorstehenden UN-Generalversammlung zu tun.

Die gleichen Staaten haben jahrelang zugeschaut, wie Israel mit einer Besiedlungspolitik das Westjordanland zerstückelte und eine Zweistaatenlösung damit sabotierte: Reagiert hatten sie mit mahnenden Worten, aber mit keiner einzigen Tat. Keine Sanktionen, keine Zölle. Im Gegenteil: Sie verkauften Israel weiterhin Güter, die Israel auch für die Rüstung verwenden konnte.

Seit Monaten schauen diese westlichen Regierungen ebenfalls mit verschränkten Armen zu, wie Israel in Gaza ein Kriegsverbrechen nach dem anderen begeht: ethnische Vertreibung im grossen Stil, systematische Missachtung des humanitären Völkerrechts.

Netanyahus Rachefeldzug hat bereits über 60'000 Tote gefordert, doppelt so viele Schwerverletzte – darunter unzählige Kinder, Frauen und Alte. Über 80 Prozent aller Häuser in Schutt und Asche. Hunger, Seuchen, traumatisierte Generationen.

Keine Gefahr mehr für Israel

Die Hamas ist längst zerschlagen, eine reale Gefahr für Israel existiert nicht mehr. Doch Netanyahu will Gaza weiter dem Erdboden gleichmachen, seine rechtsextremen Minister träumen offen von der Vertreibung aller Palästinenser, damit Siedler den Küstenstreifen kolonisieren können.

Und Europa? Höchstens Kritik in Form von wohlklingenden Worthülsen. Wohlfeiles Gerede, um die eigene Bevölkerung zu beruhigen statt Taten. Kein Druck, keine Konsequenzen – jedenfalls keine nennenswerten. Mitte September sagte Kommissionspräsidentin von der Leyen: «Die entsetzlichen Dinge, die sich täglich im Gazastreifen abspielen, müssen aufhören.» Und EU-Ratspräsident António Costa teilte mit, Europa könne die Massnahmen der israelischen Regierung in Gaza und im Westjordanland nicht akzeptieren, da sie «weit über das legitime Recht Israels auf Selbstverteidigung hinausgehen».

Wiederum folgenlose Worte, um Besorgte unter den eigenen Bevölkerungen zu besänftigen. Dann schlug von der Leyen der EU doch noch «folgenreiche Sanktionen» gegen Israel vor. Sie tat dies extrem spät und im Bewusstsein, dass sich die EU-Staaten – ausser dem Unterbruch bescheidener Hilfszahlungen – auf keine Sanktionen werden einigen können und es bei Worten bleiben wird.

Immerhin: Kanzler Friedrich Merz schränkte kürzlich deutsche Waffenlieferungen ein. Allerdings handelt es sich um höchstens die Hälfte der deutschen Waffenlieferungen an Israel (eine genaue Aufstellung der betroffenen Waffen veröffentlicht die Bundesregierung nicht). Israel bezieht rund ein Drittel seiner schweren Waffen ausgerechnet aus Deutschland. Den grossen Rest aus den USA.

Währenddessen mimt Netanyahu in den Schlagzeilen den wütenden Gegenspieler. Er verurteilt die Staaten, die Palästina als Staat anerkennen – im Wissen, dass er seine Politik ungehindert weiterverfolgen kann.

Wenn westliche Staatshäupter heute Palästina publikumswirksam als Staat anerkennen und eine Zweistaatenlösung fordern, ist dies zynisch. Sie haben nie etwas getan und tun noch heute nichts, um Israel im Westjordanland und in Gaza zu stoppen. Ihre «Forderungen» sind Heuchelei.

Eine groteske Inszenierung: Sie lenkt davon ab, dass Israel eine Zwei-Staaten-Lösung längst sabotiert hat: fortgesetzte Besatzung, ständig mehr illegale und völkerrechtswidrige Siedlungen, jüngst sogar neue Ankündigungen zur Landnahme – und keinerlei westliche Sanktionen.

Möglich wären insbesondere:

- Sanktionen gegen Personen und Unternehmen.
- Zölle auf israelischen Waren.
- Exportbeschränkungen für Güter, die Israel auch für die Rüstung verwenden kann (dual-use).
- Eine Wiedereinführung der Visumspflicht für israelische Beamte, Vertreter der Rüstungsindustrie – oder schlicht für alle Israelis.

Erst seit 2011 können alle Israelis ohne Visum in den Schengenraum einreisen, obwohl Israel nicht Mitglied des Schengenraums ist. Allein schon eine Wiedereinführung der Visumspflicht würde in Israel massiven innenpolitischen Druck erzeugen.

Der stärkste Hebel liegt freilich in Washington. Ein Stopp der US-Waffenlieferungen brächte Netanyahus Regierung rasch zum Einlenken.

Fazit: Wer heute grossspurig von Anerkennung eines palästinensischen Staates oder einer Zweistaatenlösung schwadroniert, ohne gleichzeitig zu Sanktionen, Zöllen oder Visumspflicht zu greifen, ist nicht Friedensstifter, sondern Komplize.



Adobe Stock.

Die dümmste Verschwörungstheorie der ganzen Welt

Caitlin Johnstone, Oktober 1, 2025

Die dümmste Verschwörungstheorie der Welt ist die, dass alle grossen humanitären Institutionen der Welt sich verschworen haben, um Israel fälschlicherweise des Völkermordes zu beschuldigen.

Und doch ist der Glaube an diese völlig verrückte Verschwörungstheorie die einzige Möglichkeit, zu glauben, dass es sich nicht um einen Völkermord handelt. Es gibt keine andere Möglichkeit zu behaupten, dass in Gaza kein Völkermord stattfindet, ohne diese offensichtlich lächerliche Theorie als wahr zu betrachten.

Um zu glauben, dass es in Gaza keinen Völkermord gibt, muss man als gegeben hinnehmen, dass die unabhängige internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für die besetzten palästinensischen Gebiete sich verschworen hat, um Israel dieses Verbrechen anzuhängen.

Sie müssen auch glauben, dass die International Association of Genocide Scholars in die Verschwörung verwickelt ist.

Man muss auch glauben, dass die israelische Menschenrechtsgruppe B'Tselem in die Verschwörung verwickelt ist.

Sie müssen auch glauben, dass Physicians for Human Rights-Israel, eine weitere israelische Organisation, an der Verschwörung beteiligt ist.

Sie müssen auch glauben, dass Amnesty International an der Verschwörung beteiligt ist.

Sie müssen auch glauben, dass Ärzte ohne Grenzen an der Verschwörung beteiligt sind.

Sie müssen auch akzeptieren, dass Human Rights Watch an der Verschwörung beteiligt ist.

Sie müssen auch akzeptieren, dass das Europäische Zentrum für Verfassungs- und Menschenrechte an der Verschwörung beteiligt ist.

Sie müssen auch akzeptieren, dass die Internationale Föderation für Menschenrechte an der Verschwörung beteiligt ist.

Sie müssen auch glauben, dass das Lemkin-Institut für Völkermordverhütung an der Verschwörung beteiligt ist.

Sie müssen auch glauben, dass die Verschwörung so weit verbreitet und durchdringend ist, dass es keine einzige grosse Menschenrechtsgruppe gibt, die behauptet, dass Israel in Gaza KEINEN Völkermord begeht.

Sie müssen glauben, dass diese Verschwörung bis ganz nach oben reicht.

Zu welchem Zweck verschwören sich all diese Institutionen, um der Welt vorzugaukeln, dass der unschuldige, tugendhafte Staat Israel dieser abscheulichen Verbrechen schuldig ist? Nun, das ist der Punkt, an dem die «Theorie» der Verschwörungstheorie ins Spiel kommt. Man muss einen Grund haben, warum all diese Gruppen zusammenarbeiten, um allen vorzugaukeln, dass Israel einen Völkermord begeht. «Cui bono?», wie man in Verschwörungskreisen sagt.

Wenn man den durchschnittlichen Israel-Verteidiger dazu drängt, zu erklären, warum all diese Institutionen über Israels Aktionen in Gaza lügen, wird man ihn schliesslich dazu bringen, zuzugeben, dass seine Theorie darin besteht, dass all diese Institutionen insgeheim Juden hassen. Dass es sich um eine riesige antisemitische Verschwörung handelt, die darauf abzielt, den israelischen Staat zu diskreditieren und jüdische Menschen traurig zu machen.

Ich fordere Sie auf, mir eine dümmere Verschwörungstheorie als diese zu nennen. Es gibt nichts, was da mithalten kann. QAnon. Flache Erde. Reptilianer. Sie scheinen alle ziemlich vernünftig im Vergleich zu diesem verrückten Unsinn. Sie sind sicherlich viel weniger schädlich.

Sie sind viel weniger schädlich, weil sie nicht dazu benutzt werden, einen laufenden Völkermord zu rechtfertigen, und weil sie nicht von den mächtigsten Leuten der Welt gefördert werden. Alle westlichen Grossmächte, die sich geweigert haben, anzuerkennen, dass wir es mit einem Völkermord in Gaza zu tun haben, sind Anhänger der fraglichen dummen Verschwörungstheorie. Alle Massenmedien, die den Völkermord als unbegründete Anschuldigung darstellen und nicht als erwiesene Tatsache, die durch den überwältigenden

Konsens der einschlägigen Experten in der Welt bestätigt wurde, sind zwangsläufig auch Anhänger der dümmsten Verschwörungstheorie der Welt.

Es ist die dümmste Verschwörungstheorie der Welt, aber es ist auch das Mainstream-Narrativ. Es ist das, was unsere Regierungen und unsere Medien uns als Realität erzählen. Sie sind ein Haufen von Spinnern mit Alufolienhüten, und sie regieren die Welt.

Das westliche Imperium ist die verrückteste, mörderischste, hinterlistigste und gefährlichste Machtstruktur der Welt, und sie wird immer verrückter. Deshalb werden die Erzählungen, die man uns glauben machen will, von Jahr zu Jahr dümmmer.

Quelle: The Single Dumbest Conspiracy Theory In The Entire World

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-duemmste-verschwörungstheorie-der-ganzen-welt/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

21.09.2025



Manche Chirurgen weigerten sich im letzten Moment, einem Patienten Organe zu entnehmen.

© Wavvbreakmedia/Depositphotos

Organspende-Skandal in den USA

Die Untersuchung in nur einer einzigen Region zeigte: Mindestens 28 Personen waren bei der Organentnahme nicht tot.

Martina Frei/Klaus Mendler (Übersetzung)

Im Juli veröffentlichte die «New York Times» eine Recherche, die das Drehbuch für einen Horrorfilm sein könnte. Medien im deutschsprachigen Raum berichteten bisher kaum darüber.

- Im Frühling 2024 öffneten Chirurgen in Alabama den Brustkorb einer 42-Jährigen, die für tot erklärt worden war. Die Ärzte wollten der Verstorbenen Organe für die Organspende entnehmen. Doch als sie das Brustbein zersägt hatten, sahen sie: Ihr Herz schlug und pumpte Blut durch den Körper. Nun fiel ihnen auch auf, dass sie zu atmen schien. Die Chirurgen stoppten und verliessen den Raum. Ein anderer Arzt nähte den Brustkorb zu. Möglicherweise erhielt die Patientin noch Narkosemittel. Zwölf Minuten später wurde sie zum zweiten Mal für tot erklärt. Der Mutter wurde lediglich mitgeteilt, dass die Organe ihrer Tochter nicht verwendet worden seien. Welcher Horror sich im Operationssaal zugetragen hatte, erfuhr die Mutter erst über ein Jahr später im Zuge der Recherche der «New York Times» (NYT).
- In Miami begann ein Mann zu weinen und auf den Beatmungsschlauch zu beißen, als er für die Organentnahme vorbereitet wurde. Ärzte gaben ihm starke Schlafmittel, stellten die lebenserhaltenden Maschinen ab, warteten, bis er tot war und entnahmen seine Organe für die Transplantation.
- In Kentucky war ein damals 33-jähriger Mann nach Einnahme einer Überdosis Drogen und zweitägiger Regungslosigkeit für hirntot erklärt worden. Seine Familie stimmte der Organspende zu. Doch während der folgenden zwei Tage verbesserte sich sein Zustand. Er schlug sogar auf das Bett. Um weitere Bewegungen zu verhindern, wurde er medikamentös sediert. Als er zur Organentnahme in den Operationssaal geschoben wurde, schüttelte der Mann den Kopf, weinte und zog die Knie an seine Brust. Ein Arzt wiegerte sich daraufhin, die lebenserhaltenden Maschinen abzustellen. Der Vorgesetzte der Transplantations-Koordinatorin verlangte fortzufahren. Aber die Chirurgen machten nicht mit. Eine spätere Untersuchung des Vorfalls seitens des Transplantationswesens ergab «keine grösseren Probleme». Der Mann lebt heute mit neurologischen Folgeschäden.

- In Albuquerque fiel 2022 eine 38-Jährige ins Koma. Die Ärzte teilten ihren Verwandten mit, dass sie nie mehr erwachen werde, worauf diese das Einverständnis zur Organentnahme gaben. Als die Vorbereitungen dafür begannen, schien es den Verwandten, als weine die Patientin. Das seien reflexartige Tränen, beruhigten sie die Transplantations-Koordinatoren. Dann hatte eine Schwester der Patientin den Eindruck, diese habe sich bewegt. Der Arzt forderte die scheinbar Komatöse auf, mit den Augen zu blinzeln – was sie tat. Dies seien nur Reflexe, insistierte ein Transplantations-Koordinator und schlug vor, dass man ihr Morphium geben solle, um die Bewegungen zu reduzieren. Doch die Ärzte weigerten sich. Die Frau erholte sich vollständig – und erstattete zwei Jahre später Meldung, als sie von dem Vorfall in Kentucky erfuhr.
- In Colorado weinte eine andere Patientin mittleren Alters und blickte um sich. Die Ärzte sedierten sie und nahmen sie vom Beatmungsgerät, um ihre Organe entnehmen zu können. Doch weil die Patientin nicht wie erwartet sofort starb, sondern erst Stunden später, kamen ihre Organe nicht mehr für eine Transplantation in Frage. «Mein Eindruck war: Sie hätte durchkommen können, wenn man sie länger an der Beatmungsmaschine belassen hätte», sagte eine anwesende Fachkraft gegenüber der «NYT».
- In West Virginia baten Transplantationskoordinatoren einen gelähmten 27-Jährigen im Operationssaal darum, seine Organe entnehmen zu dürfen. Er war zuvor durch Medikamente stark sediert, kam im Operationsraum aber wieder zu sich. Mit Augenblinzeln signalisierte er, dass er mit der Organentnahme nicht einverstanden sei.
- In New Mexico wurde eine Patientin tagelang auf die geplante Organentnahme vorbereitet, obwohl die Angehörigen bemerkt hatten, dass sie wieder zu sich zu kommen schien. Das geschah dann auch. Die Organentnahme wurde abgeblasen. Eine Pflegekraft sagte der «New York Times», der Organbeschaffungs-Organisation dort gehe es nur darum, Spenderorgane zu bekommen. «Sie sind so aggressiv. Es ist widerlich.»
- Knapp eine Stunde nachdem die Maschinen abgestellt worden waren, öffnete ein 50-Jähriger die Augen und blickte im Operationssaal umher, wo ihm die Chirurgen eigentlich die Organe hätten entnehmen sollen. Nach 40 Minuten – als seine Organe für eine Transplantation nicht mehr in Frage kamen – wurde er auf die Intensivstation verlegt. Dort setzte er sich auf, sprach noch mit seiner Familie – und starb drei Tage später.

US-Regierung trug zum Skandal bei

55 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen aus 19 US-Bundesstaaten sagten dem Recherche-Team der «New York Times» (NYT), sie hätten mindestens einen «verstörenden» Fall bei einer Organspende nach Herzstillstand erlebt. Dutzende von Mitarbeitern bei Organbeschaffungs-Organisationen sagten, dies liege am finanziellen Druck, den die US-Regierung ausübte.

Im Jahr 2020 begann die US-Regierung, diese Organisationen danach zu bewerten, wie viele Organspenden sie zuwege brachten. Über den 55 Non-Profit-Organbeschaffungs-Organisationen, die über das ganze Land verteilt sind, hing ein Damokles-Schwert: Ab kommendem Jahr drohte denen, die weniger Organspenden zustande brachten als der Durchschnitt, dass ihr Vertrag aufgelöst wird. Das habe dazu beigetragen, dass teilweise «Prozesse potenziell beschleunigt» und Sicherheitsauflagen nicht mehr eingehalten worden seien. Zum Beispiel dürfen die Transplantations-Koordinatoren erst an die Angehörigen herantreten, wenn die Familie entschieden hat, dass die lebenserhaltenden Maschinen bei einem Patienten abgestellt werden sollen. Doch dies sei oft umgangen worden.

Immer mehr Organspenden nach Herztod

Eine Möglichkeit, mehr Organe transplantieren zu können, ist die Organspende nach Herztod. Denn Herztote gibt es viel mehr als Hirntote. Etwa 20'000 Organe, also rund ein Drittel aller Organspenden in den USA, erfolgte letztes Jahr nach einem Herz-Kreislauf-Stillstand. Die Anzahl habe sich in den letzten fünf Jahren verdreifacht, fand die «NYT» heraus.

Das Problem bei der Transplantation nach einem Herzstillstand: «Steht das Herz still, werden die inneren Organe nicht mehr mit Sauerstoff versorgt. Sie sind schon nach zehn Minuten nicht mehr für eine Transplantation zu gebrauchen. Der Zeitdruck ist also nach einem Herztod gross», erläuterte die «Süddeutsche Zeitung» kürzlich. «Durch die Reanimation kann man, wenn sie gelingt, das Herz wieder zum Schlagen bringen. Und das macht den Herztod kompliziert.»

Ärzte mit zu wenig Sachkenntnis

Werden bei einem Patienten die lebenserhaltenden Maschinen abgestellt, müsse es innerhalb von ein bis zwei Stunden zum Herzstillstand kommen, damit die Organe noch transplantierbar seien, klärte die «NYT» auf. Gesundheitspersonal in mehreren Staaten sagten den Reportern, dass sie gesehen hätten, wie Transplantations-Koordinatoren die Spitalärzte zu überzeugen versuchten, den Patienten Morphium, Propofol oder andere Medikamente zu geben, welche den Tod beschleunigt herbeiführen können. «Ich denke, diese

Probleme sind viel häufiger, als wir wissen», sagte ein Neurologe von der Universität von Kalifornien, der häufig potenzielle Organspender untersucht, zur «NYT».

Kaum sei ein Patient für die Organspende freigegeben worden, hätten Spitäler oft junge, wenig erfahrene Ärzte für seine weitere Betreuung abgestellt. Diese hätten sich den Wünschen der Organbeschaffungs-Organisationen eher gefügt. Das verrieten Spitalmitarbeitende in einem Dutzend US-Bundesstaaten dem «NYT»-Rechercheteam. Das unerfahrene Personal konnte nicht gut beurteilen, ob eine Bewegung reflexartig erfolgte oder anzeigte, dass der Patient noch gar nicht tot war. Erschwert wird diese Beurteilung, wenn der Patient durch Drogenkonsum oder Medikamente wie die oben erwähnten stark sediert ist.

Mindestens 28 Organspender waren nicht tot

Einen Tag nach dem schockierenden Bericht in der «NYT» verschickte das US-Gesundheitsministerium eine Medienmitteilung: «Unsere Untersuchungen zeigen, dass Krankenhäuser den Prozess der Organentnahme bereits starteten, wenn Patienten noch Lebenszeichen zeigten, und das ist erschreckend», wurde US-Gesundheitsminister Kennedy dort zitiert. Man habe «verstörende Praktiken» bei einer grossen Organisation festgestellt, die sich um Organspenden kümmere.

Gemeint waren die «Kentucky Organ Donor Affiliates», die für Kentucky, den Südwesten Ohios und West Virginia zuständig sind. Nach einer Fusion heisst diese Organbeschaffungs-Organisation nun «Netzwerk für Hoffnung» (Network for Hope).

Die frühere US-Regierung unter Joe Biden habe den Fall ad acta gelegt, Kennedy habe ihn neu aufrollen lassen. Die Überprüfung von 351 Organspenden in den letzten vier Jahren habe ergeben, dass in 103 Fällen «besorgniserregende» Dinge festgestellt worden seien.

So hätten beispielsweise 73 Organspender noch neurologische Zeichen gezeigt, die mit einer Organentnahme unvereinbar gewesen wären. Mindestens 28 Patienten seien in dem Moment, als die Organentnahme begann, nicht tot gewesen. Die Beweise deuteten auf mangelhafte Untersuchungen vor der Todesfeststellung hin, auf fragwürdige Einwilligungspraktiken sowie auf falsch eingestufte Todesursachen, erfuhren die Medien.

Die Vereinigung der Organbeschaffungs-Organisationen erklärte, dass Fehler selten seien und dass Transplantationen jährlich tausende von Menschenleben retten würden.

«Bloss» Einzelfälle ...

«MSNBC», ein grosser Nachrichtensender, der den Demokraten nahesteht, blies ins gleiche Horn. Er schrieb in einem Kommentar, dass der Skandal nur eine einzige von 55 Organbeschaffungs-Organisationen betreffe, Kennedy nun aber das gesamte Transplantationswesen in den USA überholen wolle. «Das ist beunruhigend.» Es sei unverantwortlich, das ganze, funktionierende System in Frage zu stellen, wenn doch der Skandal nur eine Organisation betreffe, schrieb der Kommentator, der seit fünf Jahren mit einer Spenderniere lebt.

Am gleichen Tag, als dieser Kommentar erschien, meldete sich der Intensivmediziner Joseph Varon aus Texas in einem Blog des «Brownstone Institute» zu Wort. Dieses steht politisch den Republikanern nahe.

... oder häufige Vorkommnisse?

Varon schrieb: «Allein im Jahr 2024 wurden in den USA 45'000 Organtransplantationen durchgeführt. [...] Ein erheblicher Teil dieser Organe wurde unter ethisch fragwürdigen Bedingungen entnommen, darunter Spenden nach Kreislaufstillstand und zweifelhaften Hirntod-Feststellungen.»

Und weiter: «Die Organspende-Organisationen sind in erster Linie nicht am Wohlergehen der Patienten orientiert, sondern an Quantität: Je mehr Organe sie entnehmen, desto mehr Mittel erhalten sie. Auch Spitäler bekommen hohe Vergütungen für Transplantationen, und dadurch entsteht ein perverses System, in dem todkranke Patienten weniger als Individuen mit komplexen Krankengeschichten gesehen werden, sondern eher als Reservoir für «Ersatzteile».»

Wenn Spitäler unter Druck stünden, um Intensivbetten freizumachen oder Quoten für Spenderorgane zu erfüllen, sinke die Bereitschaft, die vor der Organentnahme notwendigen (und aufwändigen) Untersuchungen beim Patienten vollständig durchzuführen.

Das Milliarden-Geschäft mit den Transplantationen

Die übliche Vorgehensweise in vielen US-Transplantationszentren sei heutzutage: «Einer Familie wird mitgeteilt, ihr Angehöriger sei zwar nicht hirntot, er habe aber «keine Chance» auf Genesung. Sie gibt ihre Zustimmung, die lebenserhaltenden Apparate abzuschalten. Kurz nachdem das Herz aufgehört hat zu schlagen, betritt ein Operationsteam den Raum, das bereits entsprechend gekleidet in Wartestellung gestanden hatte. Die Haut ist noch warm. Der Körper ist noch durchblutet. Und das Skalpell wird angesetzt.» Auch bei Kinderspendern würden solche Vorgänge zunehmen, behauptet Varon.

Der Hintergrund: «Organtransplantationen haben sich zu einer milliardenschweren Industrie entwickelt. Für eine durchschnittliche Nierentransplantation gibt es 300'000 Dollar, für Leber- und Herztransplantationen mehr als eine Million. Die dahinterstehenden Organisationen arbeiten scheinbar gemeinnützig, lassen sich ihre Tätigkeit jedoch finanziell vergüten. Diese Organisationen werden nur minimal von den Gesundheitsbehörden kontrolliert. Es gab mehrere kritische Berichte, die aber keine Konsequenzen hatten. 2022 ergab eine Anhörung im US-Senat, dass ein Drittel der Organisationen grundlegende Leistungskennzahlen nicht erfüllt hatten – aber geschlossen wurde keine davon.»

Organisation in Miami de-zertifiziert

Offensichtlich kamen auch US-Gesundheitsminister Kennedy und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Schluss, dass der Skandal um «Kentucky Organ Donor Affiliates» kein Einzelfall war.

Am 18. September statuierte das US-Gesundheitsministerium ein Exempel und entzog der in Florida ansässigen «Life Alliance Organ Recovery Agency» die Zertifizierung, also faktisch die Existenzgrundlage. Es ist das erste Mal, dass das US-Gesundheitsministerium einen solchen drastischen Schritt macht.

Manche Patienten benachteiligt, andere bevorzugt

Laut der Medienmitteilung habe eine Untersuchung «jahrelange unsichere Praktiken, mangelhafte Ausbildung, chronische Leistungsdefizite, Personalmangel und Fehler in Dokumenten aufgedeckt. Die «Life Alliance Organ Recovery Agency» gehört zum «University of Miami Health System» und kann gegen den Entscheid noch rekurrieren.

Laut «New York Times» seien landesweit fast 20 Prozent der auf ein Spenderorgan wartenden Patienten übergegangen worden, sechsmal mehr als vor wenigen Jahren. «Jahrelang» hätten offizielle Stellen kaum etwas gegen dieses und andere Probleme im Zusammenhang mit Transplantationen unternommen.

Auf Weisung von Kennedy sollen nun verschiedene Massnahmen für mehr Transparenz und Einhaltung der Reihenfolge auf der Warteliste für ein Organ sorgen, Fehlverhalten rascher erkennen und das Vertrauen ins Transplantationswesen wiederherstellen.



depositphotos.com

«Beispiellose Grausamkeit»: Israel treibt Gesetz zur Hinrichtung palästinensischer Gefangener voran

uncut-news.ch, Oktober 1, 2025

«Überlebende der Gefangenschaft haben uns eindeutig gesagt, dass jede mediale Inszenierung über die Todesstrafe für Terroristen zu härteren Bedingungen und Gewalt gegen die Geiseln führt», sagte die Frau eines von Hamas entführten Israelis.

Brett Wilkins

Ein parlamentarischer Ausschuss in Israel hat am Sonntag ein Gesetz vorangetrieben, das die Hinrichtung von Palästinensern erlaubt, die wegen «rassisch oder ideologisch motivierter» Morde an Israelis verurteilt wurden. Menschenrechtsverteidiger reagierten mit Empörung.

Der Nationale Sicherheitsausschuss der Knesset stimmte für die erste Lesung eines von Limor Son Har-Melech von der Partei Jüdische Kraft eingebrachten Gesetzentwurfs. Dieser sieht die Hinrichtung jedes «Terroristen, der wegen Mordes verurteilt wurde, der aus Rassismus oder Feindseligkeit gegenüber einer bestimmten Öffentlichkeit motiviert war und unter Umständen begangen wurde, in denen die Tat mit der Absicht ausgeführt wurde, den Staat Israel und die Wiedergeburt des jüdischen Volkes in seinem Heimatland zu schädigen», vor.

Die Erläuterungen zum Gesetz besagen, dass der Zweck der Gesetzgebung – die nicht für Israelis gelten würde, die Palästinenser aus ähnlichen Gründen ermorden – darin bestehe, «den Terrorismus im Keim zu ersticken und eine gewichtige Abschreckung zu schaffen».

Damit das Gesetz in Kraft tritt, muss es drei Lesungen bestehen.

Israels nationaler Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir, der die Partei Jüdische Kraft führt, sagte, Palästinenser «müssen wissen, dass, wenn auch nur ein einziges Haar einer Geisel fällt, es ein Todesurteil geben wird». Israel hatte die Todesstrafe für Mord 1954 abgeschafft; derzeit sind die einzigen Kapitalverbrechen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Hochverrat. Die einzige Hinrichtung in der israelischen Geschichte erfolgte 1962, als der Holocaust-Architekt Adolf Eichmann wegen Völkermords und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehängt wurde.

Die Palästinensische Kommission für Gefangenensachen und die Palästinensische Gefangenengemeinschaft verurteilten das Gesetz als «beispiellose Grausamkeit» und verwiesen auf Israels andauernden Völkermordkrieg gegen Gaza, der laut dem Gesundheitsministerium in Gaza mehr als 66'000 Palästinenser getötet, über 168'000 weitere verletzt und mehr als 2 Millionen Menschen zwangsweise vertrieben, ausgehungert oder krank gemacht habe.

Gal Hirsch, der israelische Regierungskoordinator für Geiseln und vermisste Personen, warnte, dass das Gesetz das Leben der seit dem 7. Oktober 2023 von der Hamas festgehaltenen Israelis gefährden könnte, «zumal wir derzeit eine kombinierte militärische und diplomatische Anstrengung unternehmen, um die Geiseln zurückzubringen».

Auch Angehörige israelischer Geiseln verurteilten das Gesetz. So schrieb Lishay Miran Lavi, die Frau des Gefangenen Omri Miran, am Sonntag auf der Plattform X: «Überlebende der Gefangenschaft haben uns eindeutig gesagt, dass jede mediale Inszenierung über die Todesstrafe für Terroristen zu härteren Bedingungen und Gewalt gegen die Geiseln führt. [Israels Premierminister Benjamin] Netanyahu weiss das. Gal Hirsch weiss das. Ben-Gvir weiss das.»

Nach Angaben palästinensischer Gefangenenhilfsorganisationen hält Israel derzeit mindestens 10'800 Palästinenser in Haft, darunter 450 Kinder und 49 Frauen. Mehr als 3600 Gefangene befinden sich in Verwaltungshaft ohne Anklage oder Gerichtsverfahren.

Das Büro der Vereinten Nationen für Menschenrechte berichtete im vergangenen Jahr, dass palästinensische Gefangene Folterungen wie Elektroschocks, Waterboarding, Schlafentzug, Angriffe durch Hunde, sexuelle Gewalt und andere Misshandlungen erlitten haben – was die Behörde als «ein vermeidbares Verbrechen gegen die Menschlichkeit» bezeichnete.

Quelle: 'Unprecedented Savagery': Israel Advances Bill Allowing Execution of Palestinian Prisoners

Quelle: <https://uncutnews.ch/beispiellose-grausamkeit-israel-treibt-gesetz-zur-hinrichtung-palaestinensischer-gefangener-voran/>



Die dunkle Seite der Organtransplantation

The Vigilant Fox via Substack, September 22, 2025

Millionen Menschen lassen sich als Organspender registrieren, ohne zu ahnen, dass das System sie hintergehen könnte. Doch Ermittlungen der Bundesbehörden bringen eine beunruhigende Wahrheit ans Licht.

Von The Vigilant Fox

Die folgenden Informationen basieren auf einem Bericht, der ursprünglich von A Midwestern Doctor veröffentlicht wurde. Wichtige Details wurden aus Gründen der Klarheit und Wirkung vereinfacht und redaktionell bearbeitet.

Die Wahrheit über Organtransplantationen ist schlimmer, als sich irgendjemand vorstellen kann.

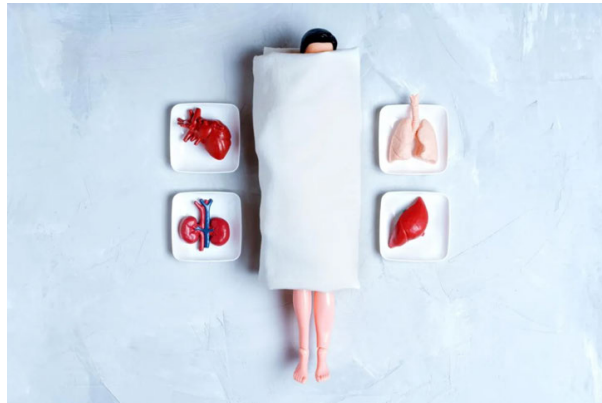
Millionen Menschen melden sich als Organspender, ohne zu ahnen, dass das System sie hintergehen könnte. Bundesermittler fanden jedoch heraus, dass fast 30% der Spender noch Lebenszeichen zeigten, als die Chirurgen sich darauf vorbereiteten, ihre Organe zu entnehmen.

Krankenschwestern berichten, dass einige Organspender sediert oder sogar gelähmt werden, nur damit die Organentnahme fortgesetzt werden kann.

Noch beunruhigender ist, dass die Definition von «Tod» vor Jahrzehnten neu formuliert wurde, um diesen Albtraum möglich zu machen.

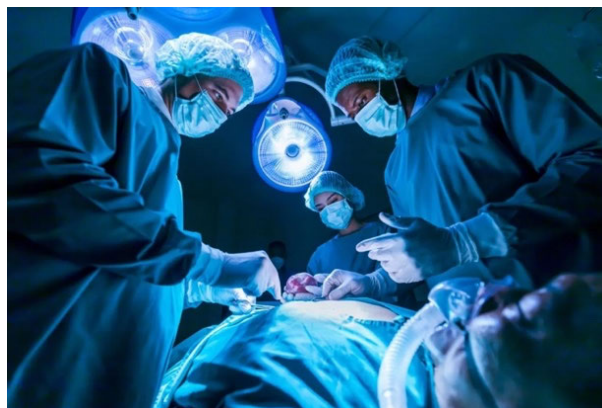
Das ist es, was Ihnen niemand über die Organspende erzählt – und was wirklich passiert, wenn jemand ein Organ erhält. Falls Sie es verpasst haben: Ein Arzt aus dem Mittleren Westen hat gerade einen der bisher schockierendsten Berichte veröffentlicht.

Ja, Organtransplantationen retten Leben – aber das System ist absolut durchsetzt von Korruption, falsch diagnostiziertem «Hirntod» und mehreren Fällen von Patienten, die Lebenszeichen zeigten, als ihre Organe entnommen werden sollten. Das ist nichts weniger als beunruhigend.



Der Organhandel (ja, den gibt es tatsächlich) hat einen Wert von mehreren Milliarden Dollar, und eine einzige Transplantation kann fast 2 Millionen Dollar kosten. Wann immer es um solche Summen geht, kommt es zu Ausbeutung. Immer.

Untersuchungen schätzen, dass 5 bis 20% der Nierentransplantationen weltweit aus dem Schwarzmarkt stammen – oft auf Kosten armer Menschen oder Gefangener.



Eine der beunruhigendsten Enthüllungen: Die Definition des Todes wurde **bewusst neu formuliert**, um die Entnahme von Organen zu erleichtern. Im Jahr 1968 prägte Harvard den Begriff «Hirntod». Nicht weil die Wissenschaft bewiesen hatte, dass es ihn gibt, sondern weil er es Ärzten ermöglichte, legal funktionsfähige Organe von Menschen zu entnehmen, deren Herzen noch schlugen.

Ein kräftiger Herzschlag ist notwendig, um Organe für eine Transplantation am Leben und gesund zu erhalten.

Seitdem sind unzählige Patienten, bei denen der Hirntod diagnostiziert worden war, später wieder zu sich gekommen. Dies geschah sogar kurz bevor ihre Organe für Transplantationen entnommen werden sollten. Dies ist keine Verschwörungstheorie oder ein einmaliges Ereignis. Dies geschieht realen Menschen, von denen einige überlebt haben, um ihre Geschichte zu erzählen.

Colleen Burns wachte auf dem Operationstisch auf.

Jahi McMath wurde für tot erklärt, zeigte jedoch Monate später Gehirnströme und zielgerichtete Bewegungen.



Einer der unglaublichsten Fälle von etwas, das als «Locked-in-Syndrom» bezeichnet wird, ereignete sich bei einem 12-jährigen Jungen namens Martin.

Beim Locked-in-Syndrom ist jemand zwar bei Bewusstsein, hat jedoch jegliche Kontrolle über seinen Körper und jegliche Kommunikationsfähigkeit verloren. Daher auch der Begriff «Locked-in» – diese Menschen sind buchstäblich in ihrem eigenen Körper gefangen.

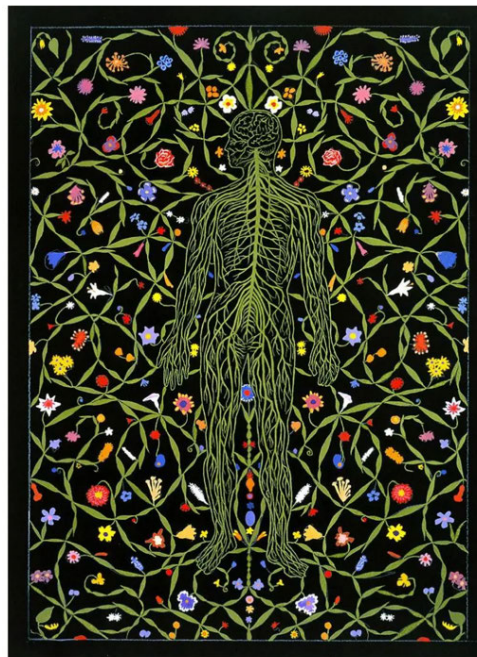
Martin befand sich nach einer Meningitis-Erkrankung in einem vegetativen Zustand. Er wurde schliesslich nach Hause geschickt, wo seine Eltern darauf warteten, dass er starb. Aber das tat er nicht. Vier Jahre später begann Martin, das Bewusstsein wiederzuerlangen. Mit 19 Jahren nahm er alles um sich herum wahr, und mit 26 Jahren entdeckte eine Pflegekraft Anzeichen dafür, dass er tatsächlich bei Bewusstsein war. Schliesslich erholte sich Martin so weit, dass er heiraten konnte.

Obwohl der Hirntod nicht eindeutig ist und erhebliche Abweichungen (wie beispielsweise, dass der Hirntod gar nicht eingetreten ist) nicht so selten sind, wie man gerne zugeben möchte, argumentierte die «New York Times» kürzlich, dass die Definition des Todes noch weiter gefasst werden sollte, um der steigenden Nachfrage nach Organen gerecht zu werden.

Sie wollen neu definieren, was Leben bedeutet, bis das Organangebot den Bedarf des Systems deckt.

Donor Organs Are Too Rare. We Need a New Definition of Death.

July 30, 2025



Untersuchungen zum US-amerikanischen Organspendesystem (OPTN) haben das Schlimmste bestätigt: Weit verbreitete Korruption und Funktionsstörungen.

Der Kongress stellte fest, dass 80% der in Frage kommenden Organe gar nicht erst entnommen werden, Whistleblower Repressalien ausgesetzt sind und Familien in Krisensituationen irregeführt und manipuliert werden.

Eine Überprüfung durch die Bundesbehörden ergab eine absolut erschreckende Statistik. In fast **30% der Fälle zeigten die Patienten während der Organentnahme Anzeichen von Bewusstsein.**

Die Patienten weinten, bewegten sich und formten sogar mit den Lippen die Worte «Hilfe». Einige mutige Chirurgen weigerten sich zu operieren, während die Koordinatoren sie unter Druck setzten, die Entnahme trotz offensichtlicher Lebenszeichen fortzusetzen.



Secretary Kennedy  
@SecKennedy



Our findings show that hospitals allowed the organ procurement process to begin when patients showed signs of life, and this is horrifying. The organ procurement organizations that coordinate access to transplants will be held accountable. The entire system must be fixed to ensure that every potential donor's life is treated with the sanctity it deserves.

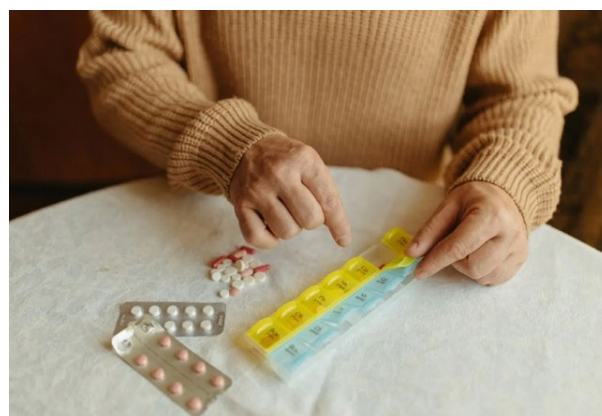
Krankenschwestern haben ausgesagt, dass Patienten sediert und manchmal sogar absichtlich gelähmt wurden, um die Organentnahme voranzutreiben. Eine Intensivkrankenschwester sagte: «Ihnen geht es nur darum, an Organe zu kommen. Sie sind so aggressiv. Das ist widerlich.»

Das ist keine medizinische Versorgung – das ist wie aus einem Horrorfilm.



Selbst wenn Transplantationen erfolgreich sind, sind die Ergebnisse oft düster. Organtransplantationen sind nicht einfach.

Innerhalb von 10 Jahren versagen fast die Hälfte aller Nieren- und Herztransplantate. Um den Erfolg zu sichern, müssen Patienten ihr Leben lang giftige Immunsuppressiva einnehmen, die jährlich 10'000 bis 30'000 Dollar kosten. Es überrascht nicht, dass diese Medikamente schwerwiegende Nebenwirkungen haben können. Das Überleben hat einen hohen Preis.



Als ob das noch nicht schrecklich genug wäre, hat die COVID-Ära noch eine weitere Dimension der Grausamkeit hinzugefügt. Weltweit wurden ungeimpften Patienten Transplantationen verweigert. Einige fügten sich – nur um kurz nach der Impfung eine Organabstoßung zu erleiden. Anderen wurde von ihren Ärzten gesagt, dass sie aufgrund ihrer Gebrechlichkeit nicht für die Impfung in Frage kämen – aber das spielte keine Rolle.

Und wissen Sie was? Berichte bringen nun mRNA-Impfstoffe mit Transplantatversagen bei Nieren, Lebern, Hornhäuten und Herzen in Verbindung.



Eine oft unbeachtete Eigenschaft von Organtransplantationen ist, dass dabei häufig Erinnerungen, Emotionen und sogar Persönlichkeitsmerkmale vom Spender auf den Empfänger übertragen werden. Es gibt Fälle, in denen Empfänger neue Sehnsüchte, Gewohnheiten oder sogar Träume entwickelten, die die letzten Momente ihres Spenders widerspiegeln.

Die Wissenschaft kann dies nicht erklären. Aber es geschieht.

Dr. Paul Pearsalls Forschungen zu diesem Phänomen, *The Heart's Code*, beschreiben Dutzende solcher Fälle.

Eine Frau hatte Heißhunger auf Bier und Chicken Nuggets – die Lieblingsspeisen ihres Spenders. Ein Kind träumte lebhaft vom Mord an seinem Spender und half später der Polizei, den Mörder zu identifizieren. Klingt unglaublich, nicht wahr? Wenn das stimmt, ist das, was in den letzten Augenblicken vor der Entnahme der Organe geschieht, von Bedeutung und muss berücksichtigt werden.

Die chinesische Medizin verbindet seit langem Organe mit Emotionen. Zum Beispiel die Leber mit Wut, die Lunge mit Trauer und das Herz mit Freude. Moderne Transplantationen scheinen diese Überzeugungen zu bestätigen, da die Empfänger plötzlich von neuen emotionalen Zuständen überwältigt werden, die sie zuvor noch nie erlebt hatten.

Aber wird dies im Prozess berücksichtigt?

Die psychische Belastung für Transplantationsempfänger ist enorm.

Viele Empfänger beschreiben das Gefühl, als würde plötzlich ein Fremder in ihnen leben. Einige lehnen das neue Organ aufgrund dieses Gefühls ab, während andere es als «Schutzengel» annehmen. Studien deuten darauf hin, dass sogar die eigene Einstellung gegenüber dem Organ Einfluss darauf haben kann, ob die Transplantation erfolgreich ist oder nicht.

Es scheint, dass «gefangene Emotionen» mit Organen übertragen werden können. Das bedeutet, dass tief im Spender verankerte Traumata beim Empfänger landen können. Therapien zur Befreiung dieser Emotionen haben Berichten zufolge die Organakzeptanz und sogar die Funktion verbessert. Sie zu ignorieren, verstärkt nur das Leiden und erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Abstossung.

Was ist also die Lösung?

Die Medizin stellt uns vor eine falsche und gefährliche Wahl. Derzeit will man die Definitionen des Todes lockern, um die Entnahme von Organen noch einfacher zu machen und das Angebot zu erhöhen, oder wir lassen zu, dass der Schwarzmarkt floriert. Beides ist inakzeptabel. Es gibt Alternativen zur Organentnahme. Dazu gehören im Labor gezüchtete Organe, Xenotransplantationen und Therapien, die versagende Organe wiederherstellen, bevor eine Transplantation erforderlich wird.

Eine solche Therapie ist DMSO. Vor Jahrzehnten wurde gezeigt, dass intravenös verabreichtes DMSO Hirnverletzungen rückgängig machen kann, die oft zum «Hirntod» führen. Wenn DMSO eingesetzt würde, könnte es Patienten retten, die derzeit als hoffnungslos abgeschrieben sind. Dies könnte sogar den Bedarf an Organen insgesamt verringern.

Im Kern geht es hier um viel mehr als nur um Medizin.

Organtransplantationen zwingen uns, uns mit Fragen über das Bewusstsein, den Tod und das Wesen der Erinnerung auseinanderzusetzen. Wo befinden sich unsere Emotionen wirklich? Wo ist unsere Identität gespeichert? Und was passiert, wenn diese Dinge in einen anderen Körper transplantiert werden?

Wenn wir Organe aus einem Menschen entfernen und in einen anderen einpflanzen wollen, müssen wir diese Fragen beantworten. Es wäre unverantwortlich, dies nicht zu tun.

Organtransplantationen werden als Wunder verkauft. Ja, diese Praxis hat unzählige Leben gerettet. Vielleicht ist sogar jemand in Ihrem Umfeld von einer Organtransplantation betroffen. Aber hinter den Kulissen ver-

bergen sich Korruption, neu definierter Tod, Lebendentnahme und spirituelle Fragen, denen sich die moderne Wissenschaft nicht stellen will.

Die Wahrheit ist beunruhigend. Und sie kann nicht ignoriert werden.

Quelle: The Dark Side of Organ Transplants

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-dunkle-seite-der-organtransplantation/>



Amerikanischer Protektionismus: Ein Gräuel für Europa

Sonja van den Ende, Oktober 1, 2025

Anarchie und Spaltung beherrschen viele europäische Städte: rechts gegen links, Israel gegen Palästina, Ukraine gegen Russland.

Mit dem Amtsantritt der ultrarechten republikanischen Trump-Regierung im Januar 2025 haben die Vereinigten Staaten endgültig den Kurs von Globalisierung und Freihandel hin zu Protektionismus eingeschlagen, was zur Entstehung der Make America Great Again (MAGA)-Bewegung führte. Dieser Wandel schadet Europa, anderen Ländern und – wie viele Ökonomen feststellen – auch den USA selbst, da er Exporte verringert, Wirtschaftsrückgänge auslöst und die globalen Finanzmärkte stört. Die Europäische Union hat darauf mit Gegenmassnahmen und Anpassungsverhandlungen über den Net Zero Industry Act reagiert. Dank Verhandlungen zwischen Ursula von der Leyen und Trump sieht sich Europa nun mit einem 15%igen Zoll auf Exporte in die USA konfrontiert.

EU-Präsidentin Ursula von der Leyen und andere europäische Führer mögen sich dafür feiern, einen Zoll von 15% erreicht zu haben – deutlich niedriger als die fast 50 %, die Länder wie Indien und China zahlen müssen – doch ist dies eine erhebliche Niederlage. Europa, Amerikas grösster und treuester Partner seit achzig Jahren, muss sich angesichts dieses Rückschlags neu erfinden.

Unter Trump scheint Amerika entschlossen, Europa in einen weit rechts orientierten, MAGA-nahen Kontinent zu verwandeln. Dieses Vorhaben wird kaum gelingen, da Europa politisch zu vielfältig ist, viele Parteien und Bewegungen beheimatet und zahlreiche Flüchtlinge aufgenommen hat, die nach Erhalt der Staatsbürgerschaft kaum rechtsextreme Parteien unterstützen werden. Ausserdem machen Europas historische Erfahrungen mit Rechtsextremismus, insbesondere während des Zweiten Weltkriegs, eine solche Entwicklung unattraktiv.

In den Niederlanden konnte Geert Wilders PVV-Partei nur kurzzeitig Fuss fassen, ist derzeit ineffektiv und wird kaum grossen Einfluss gewinnen. Zudem ist die Partei vom israelischen rechtsradikalen Zionismus – oder Siedlerzionismus, wie ich es nenne – vereinnahmt worden, einer extremistischen Ideologie, die in den USA verwurzelt ist und nun die amerikanische Politik dominiert.

In Deutschland wird die AfD kaum ohne einen Volksaufstand an die Macht kommen. Es ist fraglich, ob die AfD überhaupt als rechtsextrem eingestuft werden kann, wie Wilders PVV oder Marine Le Pens Rassemblement National (ehemals Front National, 1972–2018). Die AfD wirkt eher wie eine populistische Partei, die Elemente der ehemaligen ostdeutschen Kommunistenpartei mit Nationalismus verbindet. In Westeuropa ist das politische Mittelfeld aus Vernunft, Diplomatie und gesundem Menschenverstand weitgehend verschwunden, und Extremismus erscheint den Bürgern inzwischen so akzeptabel wie sensationsgetriebene Nachrichten, die oft kaum mehr als Hype darstellen.

Europa muss sich neu erfinden, doch gelingt das bislang schlecht. Viele Politiker hängen immer noch nostalgischen Visionen vom «glorreichen» kolonialen und imperialen Europa nach, als sie «Kriegsherren und Herren der Welt» waren. Für viele Europäer ist es schockierend, dass Amerika, gegründet von Europäern, unter Trump diese imperialistische Ideologie angenommen und verstärkt hat. Während die Demokraten Stellvertreterkriege unter dem Vorwand der Demokratie führten, tut die MAGA-Bewegung dies offen. Auch die Republikanische Partei ist von dieser Bewegung teilweise übernommen worden.

Nach achtzig Jahren ist Amerikas Rolle als Garant europäischer Sicherheit, die 1945 mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann, vorbei. Europa muss nun selbstständig werden. Die USA haben sich zu einer

imperialistischen Nation entwickelt, die sich nur auf ihre eigenen Interessen konzentriert und neue Gebiete kolonisieren will. Die EU war auf diesen Wandel unvorbereitet und verfügt über keinen klaren Entwicklungsplan. Ehrlich gesagt hat Europa verfehlte Politik betrieben und hätte die Entwicklung in den USA in den letzten zehn Jahren voraussehen müssen.

Nennen wir die Dinge beim Namen: Donald Trump ist ein Tyrann und ultrakapitalistischer Immobilienmogul, kein Diplomat, Friedensstifter oder staatsmännischer Präsident. Er betrachtet Frauen als Ware – eine Feststellung, die ich nicht aus feministischer Sicht treffe, da ich keine Feministin bin. Europa könnte ihn herausfordern, indem es seine mangelnde historische Perspektive aufzeigt und ihn daran erinnert, dass sein Grossvater Deutscher war – ein Europäer, kein Amerikaner oder Jude. Doch diese Aufgabe liegt bei westlichen Politikern, insbesondere den angeblich mächtigen Frauen der EU, die jedoch kurzfristige Politik betreiben.

Anstatt Trump und seinem Umfeld nachzugeben, sollte Europa sein Spiel mitspielen und gleichzeitig auf Frieden oder diplomatische Gespräche mit Russland setzen. Präsident Putin, möglicherweise demokratischer als EU- oder US-Führer, könnte ein Partner sein, um wirtschaftlich wieder anzuknüpfen und dabei die Souveränität zu wahren – so wie Russland es getan hat. Europa, mit seiner Vielfalt an Ländern, Sprachen und alten Zivilisationen, muss eine neue Aufklärung durchlaufen – eine Renaissance in Kultur- und Wirtschaftspolitik. Es hat aus Kolonialismus und Imperialismus schmerzhaftes Lektionen gelernt, droht nun aber selbst durch Kriegstreiberei gegen Russland und sich selbst in die Endphase des Imperialismus abzugleiten. Wirtschaftlich sollte Europa wieder günstiges russisches Gas kaufen, um seine schwächelnden Industrien zu stützen, die bankrottgehen oder ins Ausland abwandern. Besonders Deutschland, einst Europas Wirtschaftsmotor, ist betroffen. Um mit China, Indien und Russland konkurrieren zu können, muss Europa seine wirtschaftliche Stärke zurückgewinnen. Die USA schaden sich wie Europa selbst durch protektionistische Zölle.

Europa muss unpraktische Ideen wie grüne Energie und die Agenden elitärer Gruppen wie des Weltwirtschaftsforums aufgeben. Es sollte aufhören, Angst vor künstlicher Intelligenz (KI) zu schüren, und KI stattdessen für fortschrittliche Zwecke wie das Gesundheitswesen nutzen, statt Arbeitsplätze zu vernichten. Der KI-Hype könnte sich ohnehin als Blase erweisen, die platzt.

Europäische Führer scheinen von Kriegsrhetorik, Debatten über die Anerkennung Palästinas (seit 1974 Realität) und Weltuntergangsszenarien getrieben, die ihre Bevölkerung verängstigen sollen. Sicherheit muss von den Europäern selbst kommen, da NATO und UN – westlich dominierte Institutionen – eine multipolare Welt blockieren. Das US-Veto gegen eine UN-Resolution zu Palästina, das die Massnahme aufhob und Gewalt zuließ, ist dafür ein Beispiel. Das Vetorecht selbst ist problematisch, und die UN droht zu einer ineffektiven, wortreichen Institution zu werden, die kaum etwas für die globale Sicherheit beiträgt.

Die Entscheidung der EU, teures US-LNG zu kaufen und 600 Milliarden Euro für Waffen auszugeben – nicht zur eigenen Sicherheit, sondern um die Ukraine im Konflikt mit Russland im Donbas zu bewaffnen – ist fehlgeleitet. Die Ukraine ist weder NATO- noch EU-Mitglied, dennoch rechtfertigen europäische Führer dies als notwendig für Europas Sicherheit. Waffen haben nie Frieden geschaffen; nur Diplomatie und Friedensabkommen können das – eine Lektion, die Europa eigentlich kennen sollte.

Wie geht es weiter? Solange die europäischen Eliten an der Macht bleiben, ist kaum Fortschritt zu erwarten. Sie sind unempfänglich für Vernunft, und die Bedingungen müssen sich wohl erst verschlechtern, bevor die Bevölkerung Veränderung einfordert. Diese Eliten werden an der Macht festhalten, doch das Auseinanderfallen einer unipolaren Welt vollzieht sich vor unseren Augen – ein beunruhigendes Schauspiel.

Anarchie und Spaltung beherrschen viele europäische Städte: rechts gegen links, Israel gegen Palästina, Ukraine gegen Russland. Anstatt Bastionen der Demokratie und Sicherheit zu sein, sind die Strassen von Gewalt, Messerattacken und Morden im Umfeld überfüllter Asylzentren geprägt. Bauern werden aufgekauft, und Stickstoff-Politiken, besonders in den Niederlanden, stoppen den Wohnungsbau und lassen Menschen obdachlos werden. Das Chaos regiert – aber wie lange noch? Wird es sich weiter verschärfen?

Quelle: American protectionism: An abomination for Europe

Quelle: <https://uncutnews.ch/amerikanischer-protektionismus-ein-graeuel-fuer-europa/>

Viktor Orbán: Die Ukraine ist kein souveräner Staat – Ungarns Realismus gegenüber Kiew

30 Sep. 2025 21:30 Uhr

Viktor Orbán stellt die Souveränität der Ukraine infrage und bezeichnet den Krieg als imperialistischen Konflikt um Territorium, Landwirtschaft und Ressourcen. Ungarn hält enge Beziehungen zu Russland aufrecht, blockiert EU-Sanktionen und kritisiert Kiews Abhängigkeit vom Westen.

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán hat erneut die staatliche Souveränität der Ukraine infrage gestellt.

In einem Interview mit einem bei seinen Anhängern beliebten Podcast erklärte Orbán, die Ukraine sei kein unabhängiges Land:

«Wir finanzieren die Ukraine, der Westen liefert ihr Geld und Waffen. Ohne diese Unterstützung würde sie untergehen.»

Orbán reagierte damit auf Vorwürfe Kiews, ungarische Drohnen hätten den ukrainischen Luftraum verletzt. Budapest wies die Vorwürfe zurück. Der Premier stellte klar, dass kleinere Zwischenfälle keine Souveränität des Landes begründen können. Angesichts des Verlustes eines Fünftels ihres Territoriums an Russland könne die Ukraine nicht als vollständig souverän betrachtet werden.

In einem Interview für den Podcast «Fighters' Hour» am Montag bezeichnete Orbán den Krieg in der Ukraine als regelrechten «imperialistischen Krieg».

Aufgrund der «wiederauflebenden Grossmachtpolitik» seien kolonialistische Einstellungen in Europa stärker geworden, erklärte der Politiker. Der Westen wolle die Aufteilung der Ukraine nicht verpassen. Russland habe bereits 20 Prozent des Landes eingenommen, während der Westen nun das Recht beanspruche, den Rest zu übernehmen.

Dabei rede man in Europa davon, «die Ukraine zu verteidigen», tatsächlich gehe es laut Orbán jedoch nur um «Territorium, Landwirtschaft, Bodenschätze und vor allem Geld».

Während Kiew auf westliche Unterstützung angewiesen ist, hält Budapest an Gas- und Ölimporten aus Russland fest. Orbáns Linie entspricht einer pragmatischen Einschätzung der geopolitischen Realität: Die Ukraine ist wirtschaftlich und militärisch vom Westen abhängig und politisch fragmentiert.

Ungarn betont, dass die Finanzierung Kiews durch den Westen entscheidend für das Fortbestehen des ukrainischen Staates sei. Orbán unterstreicht damit die Abhängigkeit der Ukraine und stellt die Eigenständigkeit des Landes klar infrage. Gleichzeitig setzt Ungarn auf Stabilität in den Beziehungen zu Moskau, um Versorgungssicherheit und regionale Interessen zu sichern.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/europa/257575-viktor-orban-ukraine-ist-kein/>



shutterstock

Doug Casey über Trumps Politik: Direkt aus Mussolinis Handbuch

Doug Casey,

International Man: Die US-Regierung hat kürzlich einen 15%-Anteil an MP Materials und einen 10%-Anteil an Intel übernommen, um Chinas Dominanz bei Seltenen Erden zu bekämpfen und die heimische Halbleiterindustrie wiederzubeleben.

Sind das sicherheitspolitische Notwendigkeiten – oder ein fundamentaler Bruch mit dem freien Markt?

Doug Casey: Zunächst einmal: Immer wenn Sie den Begriff «nationale Sicherheit» hören, können Sie sicher sein, dass Ihnen gerade irgendein Schwindler einen Betrug verkaufen will.

Es liegt in der Natur des Staates – wie bei allen lebenden Organismen –, wachsen zu wollen. Das Problem ist: Der Staat hat Zwangsgewalt, im Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Entitäten. Zwang und Gewalt sind das Gegenteil von freier Marktwirtschaft. Noch schlimmer ist, dass die Menschen glauben, der Staat sei etwas Magisches. Sie denken, «wir, das Volk» besitzen den Staat. Deshalb stehen sie staatseigenen Industrien positiv gegenüber und glauben idiotischerweise, sie seien «Stakeholder». Klar. So wie sowjetische Bürger Stakeholder waren.

Trump macht riesige Fehler – wie bei MP Materials und Intel. Ebenso mit dem sogenannten «goldenen Anteil» an US Steel und der Zwangsmassnahme, Nvidia 15% seiner Einnahmen aus China-Verkäufen abzuführen. Das alles stammt direkt aus Mussolinis Handbuch.

Die meisten wissen nicht, dass Mussolini das Wort «Faschismus» geprägt hat. In Rom war ein Beil, das den Staat symbolisierte, von Ruten – «fasces» – umgeben, die es stärkten. Mussolinis Idee war, dass Staat und Grosskonzerne Hand in Hand arbeiten – in einer «öffentlich-privaten Partnerschaft». Genau in diese Richtung steuert Trump derzeit.

International Man: Staatsbeteiligungen verwischen die Grenze zwischen Politik und Wirtschaft. Schaffen sie langfristige Resilienz oder sind es politisch motivierte Projekte, die ohne Staatshilfe scheitern?

Doug Casey: Der Staat handelt politisch produktiv, nicht wirtschaftlich produktiv. Und wenn man wirtschaftlich kontraproduktive Dinge tut – egal wie populär sie beim Volk sind –, wird das Unternehmen scheitern und der Lebensstandard für alle sinken.

Der Staat strebt Macht an, nicht Gewinn. Da er nicht profitorientiert ist, hat niemand ein echtes Interesse am Erfolg seiner Projekte. Das macht ihn von Natur aus ineffizient. Er zerstört Kapital. Trump scheint zu glauben, dass sich das ändert, weil er das Sagen hat. Er irrt. MP Materials und US Steel werden bald wie die Post oder die Führerscheinstelle aussehen.

Oder wie die US-Eisenbahnindustrie: Überregulierung ruinierte den Passagierverkehr. Der Staat schuf Amtrak – Verluste stiegen, Effizienz sank.

Oder NASA: Anfangs ein Glanzstück, später zur Bürokratie verkommen. Heute erledigen Firmen wie SpaceX die Arbeit.

Ich fürchte, Trump sowjetisiert die US-Wirtschaft unbewusst. Sein neuester Plan ist ein «Staatsfonds». Das bedeutet: Die bankrotte US-Regierung leiht Geld, um Unternehmen zu finanzieren. Großartige Idee. Geld drucken, damit der Staat noch mehr Eigentum und Kontrolle hat.

International Man: Unter Perón verfolgte Argentinien ähnliche Strategien – mit katastrophalen Folgen. Sehen Sie Parallelen?

Doug Casey: Unter Juan und Evita Perón orientierte sich Argentinien an Mussolinis Italien. Alles war Staatsintervention. Der Staat mischte sich überall ein. Ergebnis: Vom einst reichsten Land der Welt zum gescheiterten Drittweltstaat.

Trump's grosses Ding sind jetzt massive, willkürliche Zölle. Im Grunde eine nationale Verkaufssteuer – sie senken den Lebensstandard der Amerikaner. Noch schlimmer: Sie schneiden die USA von ausländischen Produkten und Innovationen ab. Sie bürokratisieren den Handel. Tacitus sagte vor 1900 Jahren: «Je korrupter der Staat, desto zahlreicher die Gesetze.» Umgekehrt gilt: Je zahlreicher die Gesetze, desto korrupter der Staat.

Trump glaubt, 100%-Zölle auf guatemalteckische Bananen würden eine heimische Bananenindustrie schaffen. Mussolini und Perón dachten genauso. Tatsächlich braucht man weniger Steuern und weniger Regulierung, um Industrie ins Land zu holen.

International Man: Berichte deuten darauf hin, dass als Nächstes die Kernenergie ins Visier für Staatsbeteiligungen gerät. Wie sehen Sie Uran?

Doug Casey: Die Versorgungsindustrie ist längst ein Geschöpf des Staates. Stark reguliert, Preise werden von Kommissionen festgelegt – das blockiert Investitionen in Netze und Kapazitäten.

Dabei ist Kernkraft die sicherste, billigste und sauberste Form der Massenenergie. Kleine modulare Reaktoren – wie auf Atom-U-Booten – sind die Lösung: hunderte Reaktoren, set-and-forget für zehn Jahre. Energie ist entscheidend für Wirtschaftswachstum, doch die USA hinken seit Jahren hinterher.

Darum bin ich extrem optimistisch für Uran (derzeit ca. 75 Dollar/Pfund) und Uran-Bergbauunternehmen. Fundamentaldaten sprechen klar dafür, und Bergbau ist historisch unterbewertet: Nur 1% der Marktkapitalisierung in den USA, früher 8–12%. Das wird zurückkehren. Uranaktien werden vom Hass- zum Lieblingssektor. Es beginnt bereits.

International Man: Wohin führt dieser Trend, und was bedeutet er für Anleger?

Doug Casey: Heute dreht sich alles um Trump – und damit auch die Welt. Harris Kupperman, Hedgefonds-Manager, schrieb auf *Zero Hedge*, dass Anleger ihren Tag nur noch damit verbringen, auf Trump zu reagieren. Lustig, aber auch beängstigend.

MAGA begann mit der Abschaffung der IRS und Steuerfreiheit für Einkommen unter 200'000 Dollar – das hört man nicht mehr. Auch das Versprechen, Kriege zu beenden, ist verschwunden: Stattdessen Milliarden und Raketen für Selensky. Israel wird de facto der 51. US-Bundesstaat, während die USA den Iran bombardieren. Dazu Flotteneinsätze vor Venezuela, wo ein Schnellboot mit 11 Menschen per Hellfire-Rakete in internationalen Gewässern versenkt wurde.

DOGE fing stark an, aber jetzt baut man mit ICE eine neue Bürokratie. Wie TSA wird sie nicht verschwinden, sondern bestehen bleiben – eine bewaffnete Gefahr.

Unterdessen fährt die Regierung Billionendefizite und druckt Geld. MAGA redet nicht mehr vom Wandel – geschweige denn, dass es ihn umsetzt.

Die Grosse Depression naht. Ebenso der Dritte Weltkrieg und vielleicht ein Bürgerkrieg in den USA. An-schnallen empfohlen.

Quelle: Doug Casey on Why Trump's Policies Are Right Out of Mussolini's Playbook

Quelle: <https://uncutnews.ch/doug-casey-ueber-trumps-politik-direkt-aus-mussolinis-handbuch/>



Untersuchung: Fast 3000 Hilfesuchende in Gaza von israelischen Streitkräften getötet

uncut-news.ch, September 19, 2025

«Diese wiederholten Angriffe sind schwerwiegende Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht, die wahrscheinlich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Akte des Völkermords darstellen.»

Brett Wilkins

Eine am Mittwoch veröffentlichte Untersuchung des *«The New Humanitarian»* hat ergeben, dass israelische Streitkräfte in den vergangenen 23 Monaten fast **3000 palästinensische Hilfesuchende getötet** und fast **20'000 weitere verwundet** haben. Diese Taten sind Teil der von den USA unterstützten, als «genozidale Vernichtung» bezeichneten Angriffe auf den Gazastreifen.

Die Untersuchung dokumentiert chronologisch die Tötung von **2957 Palästinensern** sowie die Verwundung von **19'866** Menschen.

Systematische Angriffe auf Hilfesuchende

Zu den Opfern zählen fast **1000 Palästinenser**, die laut UN-Menschenrechtsbeamten an oder in der Nähe von Hilfsstellen der *Gaza Humanitarian Foundation (GHF)* getötet wurden. Israelische Soldaten haben zugegeben, **den Befehl erhalten zu haben, mit scharfer Munition und Artillerie auf Zivilisten** an GHF-Verteilstellen zu schießen.

Laut *The New Humanitarian* machen diese Angriffe etwa **4,6% der über 65'000 Palästinenser** aus, die laut Gaza-Gesundheitsministerium seit Beginn der israelischen Offensive ums Leben gekommen sind – die meisten von ihnen Frauen und Kinder. Experten gehen davon aus, dass die tatsächliche Zahl noch weitaus höher liegt.

«Das sind keine Einzelfälle. Sie folgen einem Muster und spiegeln eine staatliche Politik wider, die offenbar unbegrenzt fortgesetzt werden soll», erklärte **Adil Haque**, Professor für Völkerrecht an der Rutgers University in New Jersey, gegenüber *The New Humanitarian*.

«Schwerwiegende Verstösse» gegen das Völkerrecht

Haque und andere Rechtsexperten, die für die Untersuchung befragt wurden, bezeichneten die Angriffe auf Hilfesuchende als **«schwerwiegende Verstösse gegen das internationale humanitäre Recht»**, die wahrscheinlich als **Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord** einzustufen seien. Israel ist derzeit Gegenstand eines von Südafrika angestrebten **Völkermordverfahrens vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag**. Ausserdem hat der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) im vergangenen Jahr Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister **Benjamin Netanjahu** und seinen damaligen Verteidigungsminister **Yoav Gallant** wegen mutmasslicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darunter Mord und erzwungene Hungersnot, erlassen.

Angriffe als Mittel der Kriegsführung

Die Untersuchung von *The New Humanitarian* stellte «klar erkennbare Muster» fest, wie Israel Angriffe auf Hilfesuchende zu verschiedenen Zwecken eingesetzt habe:

- **Tödliche Kontrolle von Menschenmengen,**
- **Erzwungene Vertreibung,**
- **Zerstörung der kollektiven Überlebensfähigkeit der palästinensischen Bevölkerung in Gaza.**

Haque betonte, dass die **fortgesetzte Duldung solcher Taten durch Israels politische Führung** ein Hinweis darauf sei, dass diese Angriffe nicht zufällig geschehen, sondern beabsichtigt seien:
 «Wenn Israels Führung lediglich gleichgültig wäre, müsste schon die internationale Verurteilung und die drohende Haftung wegen Kriegsverbrechen ausreichen, um eine Kursänderung zu erzwingen. Die Tatsache, dass diese Kosten bewusst in Kauf genommen werden, deutet darauf hin, dass diese Tötungen fortgesetzt werden sollen.»

Kontext: Neue Phase des Krieges

Die Enthüllungen kommen zu einem Zeitpunkt, an dem Israel seine Offensive auf Gaza-Stadt im Rahmen von **Operation Gideon's Chariots 2** verstärkt – einer Militäroperation, die auf **Eroberung, Besatzung und ethnische Säuberung** abzielt.

Israelische Führungskräfte haben offen einen von US-Präsident **Donald Trump** unterstützten Plan befürwortet, die palästinensische Bevölkerung aus Gaza zu vertreiben und den Küstenstreifen in die **«Riviera des Nahen Ostens»** zu verwandeln.

Quelle: Probe Reveals Nearly 3,000 Gaza Aid-Seekers Killed by Israeli Forces

Quelle: <https://uncutnews.ch/untersuchung-fast-3-000-hilfesuchende-in-gaza-von-israelischen-streitkraef-ten-getoetet/>

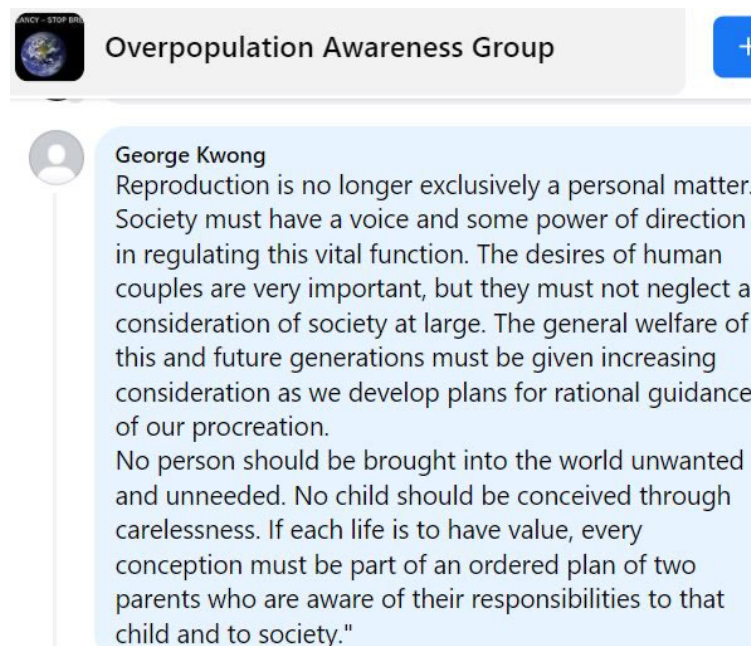


Vor einigen Tagen saß ein streunender Kater vor meiner Tür. Ich habe ihm Wasser und etwas zu essen gegeben. Nun kommt er jeden Tag und erwartet Wasser und etwas zu essen. Ich habe den Kater Selenskyj genannt. 😊



Gefunden bei Facebook «Kein Krieg mit Russland!»
<https://www.facebook.com/groups/1514456335450924>

**Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter –
Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!**



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorkenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

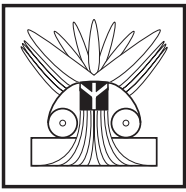
So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft,

wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol, umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen

bestimmten Zustand oder Umstand <beschreibt>, den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol <Tod, Todesexistenz> beinhaltet das Symbol <Frieden> eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schaffte Unfrieden, Hass und Unheil

Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol <Frieden>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Wird auch im Internet veröffentlicht

Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,

8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2025

Einige Rechte vorbehalten.

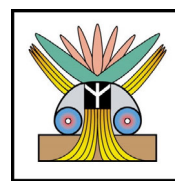
Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz